



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

12. Sitzung vom 22. September 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.05 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Nina Eldridge, Kevin Lancashire, Karin Müller, Brigitte Schori, Daniel Setz

Präsident:



Thomas Häfele Racin

Protokoll:



Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP heisst seine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die geschätzten Mitglieder des Gemeinderats und die Gäste herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Einwohnerrats. Besonders begrüssen möchte er Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Protokollführerin Linda Gerstner, Wachtmeister Mischa Schneider, Abwart Daniel Platzgummer und die Vertreter der Medien.

Mitteilungen des Präsidenten

In seiner Antrittsrede hat der Präsident die Ratsmitglieder gebeten, kreativ zu sein und von den Instrumenten, die ihnen als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zur Verfügung stehen, Gebrauch zu machen. Heute bittet er sie um drei Sachen. Er bitte sie, voraus zu planen und realistisch zu bleiben. Auf der Verwaltung arbeiten Menschen, keine Chatbots. Und auch der Votant ist berufstätig und nimmt sich nicht extra vor der Sitzung frei. Heute sind bei Linda Gerstner und ihm im Viertelstundentakt E-Mails eingegangen mit neuen Anträgen. Wenn eine Stunde vor der Sitzung ein dringlicher Vorstoss einreicht wird, ist das kreativ, aber es wird niemandem möglich sein, so kurzfristig noch eine sinnvolle Stellungnahme vorzubereiten. Drittens bitte er darum, dass sich die Anwesenden die Paragraphen 22 bis 27 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats verinnerlichen über die Vorstösse, die den Einwohnerratsmitgliedern zur Verfügung stehen. Werden in einem Vorstoss ausschliesslich Fragen gestellt, so ist es eine Anfrage oder eine Interpellation. Bei einem Postulat oder einer Motion muss es eine konkrete Forderung geben, etwas zu ändern oder zu prüfen.

Wie an der letzten Sitzung angekündigt, ist die Vizepräsidentin des Einwohnerrats für diese und die nächsten beiden Sitzungen abwesend. An der letzten Sitzung wurde daher Rahel Amacker als stellvertretende Einwohnerratsvizepräsidentin gewählt. Der Präsident begrüsst sie heute auf dem Podium, dankt ihr für ihren Einsatz und wünscht ihr viel Erfolg in ihrem Amt.

Gemeinderat Stephan Appenzeller ist vergangene Woche kurzfristig per 15. September 2025 aus dem Gemeinderat zurückgetreten. Er hat sich in der letzten Ausgabe des Binner Anzeigers erklärt und verabschiedet. Der Gemeinderat hat den Termin für die Ergänzungswahl auf dem 8. März 2026 festgelegt. Bis zur Neukonstituierung wird Gemeinderätin Rahel Bänziger den Geschäftskreis Alter und Gesundheit ad Interim führen.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Nina Eldridge, Mitte/GLP, Kevin Lancashire, Brigitte Schori, Daniel Setz, alle drei FDP, und Karin Müller, SP. Damit sind heute 35 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 18 Stimmen und das Zweidrittelmehr bei 24 Stimmen.

Bevor der Rat zu den Geschäften übergeht, wird erneut eine Probeabstimmung durchgeführt. An der letzten Sitzung war die Frage, wer das Präsidium von Spezialkommissionen wählt. Die korrekte Antwort wäre gewesen, dass dies das Einwohnerratsbüro macht. Das wussten vier Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Die Leader im aktuellen Ranking sind somit Gaida Löhr, Karin Müller, Jonathan Noack und Erik Schellenberg. Die heutige Geschäftsordnungs-Quizfrage lautet: Wie viele Mitglieder des Einwohnerrats müssen mindestens anwesend sein, damit die Beschlussfähigkeit gegeben ist? Sind es Zweidrittel, also mind. 27 Mitglieder (JA), die Mehrheit, also 21 Mitglieder (NEIN), oder gibt es kein Minimum, solange die Einladung korrekt erfolgt ist (Enthaltung)?

Die Probeabstimmung wird durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Präsident Thomas Haefele, FDP stellt fest, dass die Mehrheit die Antwort weiss. Gemäss § 5 der Geschäftsordnung ist die Mehrheit des Rats notwendig, damit das Parlament beschlussfähig ist.

Neue Vorstösse

Nr. 89, Dringliches Postulat B. Schori, FDP: Konsequenzen und Massnahmen für die Gemeinde Binningen aus dem Gutachten «Kosten der stationären Langzeitpflege»

Nr. 91, Anfrage R. Büchelin, SP: Klimatisierung Schulcampus Dorf «Rümelin»

Nr. 92, Interpellation L. Lempert, SP: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware

Nr. 93, Interfraktionelles Postulat: Prüfung der Auswirkungen eines möglichen Austritts aus der Versorgungsregion ABS

Nr. 94, Dringliche Interpellation M. van Loon, Mitte/GLP: Witterungsschutz am Schulstandort Birkenweg

Nr. 95, Dringliches Postulat H. Steffen, SVP: Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus

Nr. 96, Anfrage P. Frauchiger, FDP: Zukunft des Standorts der VISTA Augenklinik Binningen – Expansionsmöglichkeiten und Positionierung des Gemeinderats

Nr. 97, Postulat J. Noack, SP: Runder Tisch zum weiteren Vorgehen stationäre Langzeitpflege in Binningen

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP informiert, dass die Antworten des Gemeinderats auf die beiden Anfragen heute versandt wurden. Möchten die Verfasser/innen der nicht dringlichen Vorstösse diese begründen?

Lukas Jegge, Mitte/GLP möchte sich kurz zum interfraktionellen Postulat «Prüfung der Auswirkungen eines möglichen Austritts aus der Versorgungsregion ABS» äussern. Den Postulanten ist es wichtig, dass ein Augenmerk auf die Versorgungsregion gelegt wird, da die Kosten aus dem Ruder laufen. Sie möchten mit Hochdruck eine Lösung finden. Eine Lösung kann u.a. bedeuten auszusteigen. Es ist ein Postulat, damit der Gemeinderat dies prüfen und berichten kann. So kann man, wenn es dann soweit ist, im Rat Szenarien dazu diskutieren.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt der Präsident zu den dringlichen Vorstössen. Gemäss Geschäftsordnung kann eine dringliche Behandlung mit einem Zweidrittelmehr beschlossen werden. In diesem Fall hat der Gemeinderat noch an der gleichen Sitzung zu antworten resp. Stellung zu beziehen.

Dringliche Interpellation M. van Loon, Mitte/GLP: Witterungsschutz am Schulstandort Birkenweg **94**

Interpellantin Monique van Loon, Mitte/GLP erläutert, wie man heute gemerkt habe, sei der Herbst da. Während die Anwesenden jeden Tag ins Büro gehen oder an einen Ort, an dem es warm ist, stehen in Binningen 163 Kinder buchstäblich im Regen. Das ist schon länger so und sie findet, es sei an der Zeit, dies zu ändern. Weil der Winter bald kommt, wird es dringlich. Daher hat sie den Vorstoss dringlich eingereicht. Es wäre schön, wenn die Fragen geklärt und für die Zukunft geschaut werden könnte und nicht in die Vergangenheit. Die Rednerin dankt allen, die sich für die Dringlichkeit und die Kinder aussprechen, die der Interpellantin vor dem heutigen Anlass zum Teil noch hoffnungsvoll gesagt haben, dass die Erwachsenen das Thema doch heute lösen werden.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 30 JA / 5 NEIN (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation von M. van Loon, Mitte/GLP: «Witterungsschutz am Schulstandort Birkenweg» wird beschlossen.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne beantwortet die Fragen sehr gerne. Zuerst zur Beurteilung: Das Provisorium Birkenweg ist Bestandteil der Schulanlage Mühlematt und nutzt entsprechend dieselbe Infrastruktur wie z.B. den Pausenplatz und die Turnhallen. Das Provisorium wurde vor ca. 10 Jahren im Rahmen der Schulraumplanung gemäss den Vorgaben der damaligen Schulleitung errichtet und hat sich seither in seiner Funktionalität bewährt. Bis auf vereinzelte Anfragen von Erziehungsberechtigten zu diesem Thema, ist dem Gemeinderat nicht bekannt, dass der Schulrat oder die Schulleitung einen entsprechenden Wunsch geäussert hätten. Im Gegenteil. Auf damalige Nachfrage beim Schulleiter wurde von diesem bestätigt, dass aus Sicht der Primarschule kein zusätzlicher Witterungsschutz nötig sei. Der Gemeinderat beantwortet die konkreten Fragen dazu deshalb wie folgt:

1. *Was wurde bisher unternommen, damit ein provisorisches oder auch definitives Regendach für die Zeit vor dem Unterricht und während der Pausen ermöglicht wird?*

Im Nachgang zur damaligen Erstellung des Provisoriums wurden noch kleinere Anpassungen im Aussenbereich vorgenommen. So wurde u.a. auf der Naturwiese Richtung Bottmingen ein Sonnensegel installiert, welches bedingt auch vor Schnee und Regen schützt. Da den Schülerinnen und Schülern die gesamte Infrastruktur der Schulanlage Mühlematt zur Verfügung steht, bestand aus Sicht des Gemeinderates kein Handlungsbedarf und es wurde nichts Weiteres unternommen.

2. *Wer bzw. welche Abteilung der Verwaltung oder der Schulleitung Primarstufe ist zuständig und befugt, ein provisorisches Regendach zu bestellen und aufstellen zu lassen?*

Dies hängt von der Grösse und den Kosten eines solchen Zeltes oder Unterstandes ab und ob dafür eine Baubewilligung nötig ist. Wurden die entsprechenden Kosten budgetiert und das Budget durch den Einwohnerrat bewilligt, würde ein kleines Partyzelt, welches temporär aufgestellt werden würde, bereits in der Kompetenz einer einzelnen Lehrperson, auf jeden Fall jedoch in der Kompetenz der Schulleitung liegen. Dies gilt auch für grössere Anschaffungen, sofern sie ordentlich budgetiert wurden und es sich nicht um eine feste Installation handelt. Wird für die Realisierung jedoch z.B. ein festes Fundament benötigt bzw. ist eine Baubewilligung nötig, müsste die Umsetzung durch die Bauabteilungen koordiniert und die Arbeiten durch die Abteilung BKS freigegeben werden.

3. *Ist ein solches Zelt im Budget vorgesehen?*

Nein, dem Gemeinderat ist nicht bekannt, dass die Primarschule bzw. der Schulrat eine entsprechende Position eingegeben haben.

- a. *Falls ja: Wie ist der Ablauf in der Verwaltung vorgesehen, damit die Anschaffung schnell und unkompliziert getätigt werden kann?*
- b. *Falls nein: Welchem Konto müsste die Anschaffung belastet werden? Wer darf diese Zahlung freigeben bzw. den Kauf bewilligen und bis zu welchem Betrag?*

Dies hängt davon ab, wer diese Kosten zu verantworten hat und richtet sich nach den kantonalen Vorgaben zur Kontierung. Vermutlich wäre es ein Konto im Bereich der Funktion «Schulliegenschaften» (2170) und gemäss der Artengliederung im Bereich der «Sachkosten» (31xx). Die Verantwortung liegt bei den jeweiligen Produktverantwortlichen, d.h. für das Produkt Primarschule (in der Produktgruppe Bildung) bei der Abteilung BKS. Die jeweilige Finanzkompetenz richtet sich nach der geltenden Finanzverordnung der Gemeinde.

4. *Bis wann ist mit der Umsetzung eines solchen provisorischen Regenschutzes zu rechnen?*

Es ist aktuell keine Umsetzung eines provisorischen Regenschutzes geplant und weder der Verwaltung noch dem Gemeinderat ist bekannt, ob seitens Schule diesbezüglich etwas vorgesehen ist. In voraussichtlich drei Jahren erfolgt der Umzug in den neuen Schulcampus Dorf. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass bei sämtlichen Schulanlagen nur ein begrenzter Witterungsschutz existiert, welcher nie allen Schülerinnen und Schülern gleichzeitig Platz bietet.

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten des Gemeinderats zur Interpellation.

Dringliches Postulat H. Steffen, SVP: Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus

95

Präsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, das vorliegende dringliche Postulat von Hubert Steffen beinhalte vier Fragen an den Gemeinderat und keine konkreten Forderungen. Er möchte den Postulanten bitten, zu erläutern, ob er daran festhalten möchte, dass es sich um ein dringliches Postulat handelt oder ob es allenfalls eine dringliche Interpellation sein könnte. Für die dringliche Behandlung des Vorstosses braucht es eine Zweidrittelmehrheit und wenn es ein Postulat bleibt, dann muss der Gemeinderat an der gleichen Sitzung Stellung nehmen und nach der Beratung wird eine Abstimmung über die Überweisung abgehalten. Für die Überweisung bräuchte es aber einen konkreten Auftrag.

Postulant Hubert Steffen, SVP erklärt, der Auftrag des Postulats sei es, dass man den abgesetzten Sicherheitsdienst wiedereinsetzt. Seine Partei hat viele Anfragen von besorgten Eltern erhalten, die beim Schulrat und beim Gemeinderat vorstellig wurden und keine Antwort auf das Problem erhalten haben. Daher hat man sie gebeten, dies dringlich auf der politischen Ebene vorzutragen. Der Wunsch ist, den abgesetzten Sicherheitsdienst so schnell wie möglich wieder einzusetzen. Es kam in letzter Zeit zu gravierenden Vorfällen mit Sicherheitslücken. Die Eltern sind besorgt um die Sicherheit.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP fragt nochmals beim Postulanten nach. Ist es richtig, dass er dabei bleibt, dass es sich um ein Postulat handelt und er die Wiedereinsetzung des Sicherheitsdienstes fordert?

Der Postulant bejaht die Frage. Der Präsident bittet darum, den Antrag noch schriftlich einzureichen.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 31 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung des Postulats von H. Steffen, SVP: «Schulwegsicherheit Rümelinschulhaus» wird beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Der schriftlich formulierte Antrag des Postulanten wird projiziert. Er lautet: «Der abgesetzte Sicherheitsdienst soll sofort wiedereingesetzt werden.».

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne kann die Fragen im Vorstoss gerne beantworten. Das ist auch bereits eine Stellungnahme zur Forderung. Einleitend möchte der Gemeinderat folgendermassen Stellung nehmen: Seit Beginn der Bauarbeiten wurde das Verkehrsregime rund um die Baustelle für den Schulcampus Dorf mehrfach angepasst und optimiert. Dabei stand die Sicherheit immer an oberster Stelle und die Anpassungen erfolgten in Absprache mit Elternvertretern. Zudem wurden alle beteiligten Anspruchsgruppen sowie die Öffentlichkeit fortlaufend und transparent über sämtliche Anpassungen informiert. Das aktuelle Verkehrsregime entspricht den üblichen Verkehrsregelungen wie sie im Strassen-

verkehr und an anderen Schulstandorten absolut die Regel sind. Die Sperrzeiten und das Einbahnregime haben nach wie vor ihre Gültigkeit und sind von den Unternehmungen einzuhalten. Dies heisst jedoch nicht, dass es nicht zu betrieblich notwendigen Ausnahmen kommen kann, wenn z.B. eine grosse Betonage-Etappe erfolgt. Diese Ausnahmen müssen jedoch von den Unternehmungen frühzeitig angekündigt und durch die Bauleitung bewilligt werden.

Es ist richtig, dass der Gemeinderat die Meinung vertritt, dass mit dem geltenden Verkehrsregime ein Security in der Curt Goetz-Strasse nicht mehr nötig sei. Er hat dies dem Schulrat entsprechend mitgeteilt und darauf hingewiesen, dass es durchaus in der Kompetenz des Schulrates liege, z.B. für die Überquerung des Fussgängerstreifens der Schulkinder in der 10 Uhr-Pause einen Lotsendienst zu initialisieren. Ein solcher Lotsendienst hat jedoch nichts mit einer Security bei rückwärtsfahrenden Lastwagen zu tun. Die konkreten Fragen kann die zuständige Gemeinderätin wie folgt beantworten:

1. Wie ist die momentane Sicherheit der Schüler, nach Absetzung des Sicherheitsdienstes, nach wie vor gewährleistet?

Das geltende Verkehrsregime hat sich bewährt und wird beibehalten. Die der Gemeinde bekannten Verstösse der Unternehmungen wurden abgemahnt. Der Gemeinderat behält sich im Wiederholungsfall rechtliche Schritte vor.

2. Warum wurde der Sicherheitsdienst, trotz Bedenken der Eltern, nach den Sommerferien nicht mehr aufgeboden?

Aus Sicht des Gemeinderates funktioniert das angepasste Verkehrsregime grundsätzlich sehr gut. Wie auch im Binninger Anzeiger publiziert, besteht für den permanenten Sicherheitsdienst kein Bedarf.

3. Was sind die Gründe, dass die Sperrzeiten nicht mehr eingehalten werden?

Die Sperrzeiten werden und müssen grundsätzlich eingehalten werden. In Ausnahmefällen, z.B. wenn eine grosse Fläche betoniert werden muss, müssen diese Arbeiten jedoch ohne Unterbruch erfolgen. Die situative Aufhebung der Sperrzeiten muss dafür durch die Unternehmung beantragt und durch die Bauleitung bewilligt werden. Darüber hinaus sind dem Gemeinderat nur vereinzelte Verstösse gegen die Sperrzeiten bekannt. Sie werden durch das Baumanagement der Gemeinde jeweils umgehend und konsequent bei der verantwortlichen Unternehmung geahndet.

4. Wann wird der versprochene Sicherheitsdienst wiedereingesetzt?

Der Gemeinderat erachtet die Wiedereinsetzung eines permanenten Sicherheitsdienstes als nicht mehr nötig und hat dies auch öffentlich kommuniziert. Der Bauherr behält sich in Ausnahmesituationen vor, auf Gesuch der Bauleitung einen Sicherheitsdienst einzusetzen.

Im Hinblick auf die Beantwortung der Fragen kann die Votantin sagen, dass der Gemeinderat zur Forderung, den abgesetzten Sicherheitsdienst sofort wieder einzusetzen, aus den vorgebrachten Gründen eine ablehnende Haltung hat. Der Gemeinderat stellt die Sicherheit an der Baustelle bereits jetzt sicher. Wenn es Verstösse gibt, werden diese geahndet.

Gaida Löhr, SP ist nicht gleicher Meinung. Sie weiss, dass die Eltern nach wie vor nicht zufrieden sind. Wenn sie in der Gemeindeverwaltung ist, erlebt sie relativ häufig, dass jemand mit einem Lastwagen rückwärtsfährt. Die Votantin sieht durchaus, dass die Sorgen der Eltern berechtigt sind. Sie schicken auch immer wieder Fotos und Kurzfilme von Lastwagen oder Betonmischern, die rückwärtsfahren und nicht gesichert sind. Die Rednerin ist der Meinung, dies könne nicht sein. Schülerlotsen, d.h. Kinder, die ca. 10 Jahre alt sind, die Verantwortung zu übergeben, auf einer derart unübersichtlichen Baustelle Aufsicht zu machen, findet sie verantwortungslos. Das kann man nicht machen. Sie ist der Meinung, die Forderung des Postulats sei durchaus berechtigt und bittet darum, das Postulat zu überweisen.

Urs Hauri, Grüne/EVP anerkennt, dass sich der Gemeinderat durchaus Gedanken zur Sicherheit der Schulkinder gemacht und das Regime auch mehrfach angepasst hat. Aber auch seiner Fraktion ist vermehrt zu Ohren gekommen, dass es immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt. Es hat vielleicht damit zu tun, dass beim Bauen viele Situationen entstehen, bei denen improvisiert werden muss. Dadurch steht dann niemand da, wenn Sachen gemacht werden, die nicht gemacht werden sollten. Abmahnungen ist zwar nett, aber wenn ein Kind darunter kommt, reicht es einfach nicht. Dann kommt es zu spät. Der Votant ist daher der Meinung, dass man diesen Sicherheitsdienst wiedereinssetzen sollte.

Stefan Kaiser, FDP äussert, Sicherheit gehe vor. Das steht bei fast jedem Unternehmen irgendwo auf einem internen Papier, das man den Kunden bei Folienpräsentationen zeigt. Dazu gibt es Massnahmen und Schulungen aller Beteiligten. Genau solche Situationen bei einer Baustelle, wo externe Leute kommen, wo interne Leute der Schule und Kinder als Kunden herumspringen, wo es manchmal eilt, da die Schulglocke schon ertönt, wäre es durchaus sinnvoll, dass man eine Lösung im Sinn der Sicherheit hinkommen würde. Denn es möchte niemand irgendwann in den Medien ein Kästchen sehen, das schwarz umrandet ist nur, weil man sich jetzt hier dagegen gewehrt hat.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP möchte aus Sicht des Verkehrsbereichs noch etwas dazu sagen. Das Votum von Gaida Löhr hat gezeigt, dass ein grundlegendes Problem vorliegt. Es werden immer zwei Sachen durcheinandergebracht. Es geht um den Fussgängerstreifen bei der Curt Goetz-Strasse. Dort gibt es keinen Sicherheitsdienst mehr. Man konnte den Verkehr und die Fussgänger sauber voneinander trennen. Es ist eine völlig normale Verkehrssituation, wie sie auf jeder Gemeinde- und Kantonsstrasse stattfindet. Daher gibt es dort keinen Sicherheitsdienst mehr. Wenn man an der Curt Goetz-Strasse einen Sicherheitsdienst installiert, dann muss man auf jeder Gemeindestrasse, bei jedem Schulhaus, überall einen Sicherheitsdienst einsetzen. Dort ist die Regelung völlig verkehrskonform, so wie sich die Kinder überall verhalten können. Die andere Sache, die angesprochen wurde, ist die Ausfahrt bei der Postgasse. Dort ist es so, wie Gemeinderätin Rahel Bänziger gesagt hat. Dort kam es zu Vorfällen, wo der Unternehmer die Rückwärtsfahrten nicht überwacht hat. Das liegt in der Verantwortung des Unternehmers, dies weiss der Unternehmer und dafür muss er auch einen Sicherheitsdienst einrichten. Um diesen geht es nicht. Es geht um den Sicherheitsdienst an der Curt Goetz-Strasse. Dort gibt es keinen, denn es ist ein ganz normales Verkehrsregime, wie es überall gilt. Die Votantin bittet darum, diese beiden Sachen nicht miteinander zu vermischen. Wenn man jetzt etwas beschliessen will, muss man sich genau überlegen, wo man was beschliessen möchte. Wenn man es für die Curt Goetz-Strasse macht, muss man sich bewusst sein, dass man dann an jedem Schulhaus, bei jeder Gemeindestrasse einen Sicherheitsdienst einrichten kann, weil es ein ganz normales Verkehrsregime ist.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP bittet den Postulanten in seinem Antrag zu präzisieren, ob es um die Curt Goetz-Strasse oder um die Postgasse gehe.

Postulant Hubert Steffen, SVP antwortet, es gehe um die Postgasse. Dort ist nicht gewährleistet, dass die Bauunternehmer ihre Aufgaben wahrnehmen.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne erklärt, die Gemeinde habe schon mehrfach abgemahnt. Es ist in der Verantwortung der Unternehmer. Wenn sie einen Lastwagen haben, der dort rückwärtsfährt, müssen sie diesen überwachen. Das muss gewährleistet werden. Der Gemeinderat war froh um die Rückmeldungen, die er v.a. von Vätern, die dort regelmässig vor Ort sind, erhalten hat. Es wird regelmässig geahndet und es darf nicht mehr passieren. Aber das ist in der Verantwortung der Unternehmer, die von der Gemeinde bezahlt werden. Die Votantin findet, es könne nicht sein, dass die Unternehmer, die bezahlt werden und die Verantwortung haben, sich aus dieser Verantwortung stehlen und die Gemeinde einen zusätzlichen Sicherheitsdienst organisieren muss, der die Aufgabe, die die Unternehmer machen müssten, nochmals macht. Es ist wie doppelt für etwas zu bezahlen. Sie kann nur wiederholen: Es ist die Aufgabe der Unternehmer. Der Gemeinderat hat wirklich harsch reagiert und abgemahnt. Es wurden auch Drohungen ausgesprochen. Das darf nicht mehr passieren und es sollte nicht mehr passieren.

Peter Bertschi, Grüne/EVP möchte nochmals betonen, dass es um die Sicherheit der Kinder gehe. Wenn es mit dem Unternehmer nicht funktioniert, dann muss die Gemeinde handeln. Dann kann man nicht warten. Es darf keinen Unfall geben mit Kindern. Wenn der Unternehmer es nicht macht oder nicht richtig macht, dann muss die Gemeinde jemanden stellen und die Kosten am Schluss halt von der Rechnung abziehen.

Roman Oberli, SVP kann sich seinen Vorrednern nur anschliessen. Er findet es unverständlich, wenn man schon mehrfach abgemahnt hat und es trotzdem wieder vorgekommen ist, dass die Gemeinde dann nicht proaktiv von sich aus einen Sicherheitsdienst anstellt. Man kann vertraglich regeln, dass diese Kosten in Abzug gebracht oder in Rechnung gestellt werden. Es scheint ihm wichtig, dass man die Sicherheit der Schüler/innen gewährleisten kann. In dieser Sache ist Vorsicht sicher besser als Nachsicht. Daher sollte der Sicherheitsdienst dort wieder beschlossen werden.

Postulant Hubert Steffen, SVP ergänzt, dass Abmahnen etc. gut und recht sei, aber am Schluss sei der Bauherr in der Verantwortung und könne es nicht auf die einzelnen Unternehmer abschieben. Wenn etwas passiert, gibt es anschliessend riesige Gerichtsauseinandersetzungen. Die würden die Gemeinde um ein Vielfaches mehr kosten, als wenn man jetzt handelt.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats an den Gemeinderat mit der Forderung, dass der abgesetzte Sicherheitsdienst an der Postgasse per sofort wiedereingesetzt werden soll.

Überweisung Postulat: 32 JA / 3 NEIN (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Das dringliche Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Dringliches Postulat B. Schori, FDP: Konsequenzen und Massnahmen für die Gemeinde Binningen aus dem Gutachten «Kosten der stationären Langzeitpflege» 89

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP erklärt, die Postulantin habe den Vorstoss heute Nachmittag für dringlich erklärt. Leider ist es ihr allerdings heute nicht möglich, an der Sitzung anwesend zu sein. Der Vorstoss beinhaltet ca. 20 Fragen und keine konkreten Forderungen. Er bittet jemanden aus der FDP-Fraktion, die Dringlichkeit des Postulats zu begründen und insbesondere auch wieder eine konkrete Forderung an den Gemeinderat zu formulieren.

Christoph Daniel Maier, FDP darf heute in Vertretung von Brigitte Schori sprechen, die sich mit diesem Thema sehr intensiv beschäftigt hat. Sie hat in ihrem Postulat insbesondere auf das den Ratsmitgliedern in der Zwischenzeit zugestellte Gutachten Bezug genommen, das Ursachenforschung und Handlungsempfehlungen zu den Kosten der stationären Langzeitpflege enthält. Im Postulat hat sie in Bezug auf die Umsetzung sehr viele Fragen gestellt. Selbstverständlich wollte sie damit insbesondere, und das ist der Bezug, die Handlungsempfehlungen unterstützen. Das kommt auch in der Forderung der Dringlichkeit zum Ausdruck, die sie für die heutige Sitzung formuliert hat. Sie sagt darin: «Damit in Bezug auf die Tarifverfügung Klarheit geschaffen wird». Das ist ein vordringliches Anliegen. Die Postulantin rennt damit offene Türen ein. Es ist absolut notwendig, dass man genau in diesem Punkt Klarheit erhält. Dies ist schlussendlich auch die Forderung an den Gemeinderat, diese Klarheit zu schaffen. Der Redner hofft, dass dies in Bezug auf die Forderung selbst wie auch in Bezug auf die Dringlichkeit eine genügende

Begründung ist und dankt für die Unterstützung.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 21 JA / 13 NEIN eine Enthaltung (Abstimmung 06)

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Dringlichkeit wurde nicht erreicht. Damit wird das Postulat zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet resp. behandelt.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung des Postulats von B. Schori, FDP: «Konsequenzen und Massnahmen für die Gemeinde Binningen aus dem Gutachten "Kosten der stationären Langzeitpflege"» wird nicht beschlossen.

Traktandenliste

Dem Präsidenten liegt ein Änderungsantrag der FDP vor, der verlangt, dass die neu traktandierten Geschäfte 3 bis 6, d.h. «Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung», «Initiative Baumschutz Binningen», «Investitionsausgabe für eine Strassensanierung in der Benkenstrasse» und «Energiefonds – Neualimentierung 2026-2035» nach den bereits verschobenen Geschäften 7 bis 15 behandelt werden.

Christoph Daniel Maier, FDP wäre dankbar, wenn seine Ratskolleginnen und -kollegen dieser Änderung der Traktandenliste zustimmen könnten. Es ist eine immer länger werdende Liste von Pendenzen, die durch immer neue, weniger dringliche Vorstösse oder Traktanden verdrängt und schlussendlich nie behandelt wird. Er findet das ein Unding. Der Rat sollte die Sachen, die schon länger auf der Traktandenliste stehen, endlich abarbeiten und die Sachen, die neu hinzugekommen sind, aber weniger dringlich sind, zu einem späteren Zeitpunkt, d.h. nach Abarbeitung dieser Pendenzen, behandeln. Das ist das Anliegen des Antrags seiner Fraktion auf Änderung der Traktandenliste. Der Redner bittet um Zustimmung.

Jonathan Noack, SP äussert, die Reihenfolge der Traktandenliste werde schon länger so gemacht, wie sie im Moment gemacht wird. In seiner Erinnerung, zumindest so lange, wie er im Einwohnerrat ist, war dies selten ein Problem. Er sieht es eher als Ansporn für die Einwohnerräte, dass sie die Traktanden, die vorliegen, abarbeiten und dann, wenn keine derart lange Liste an Traktanden mehr vorliegt, die jeweils nicht behandelt werden kann, auch wieder effizienter sind, neue Traktanden zu behandeln. Daher lehnt er den Änderungsantrag ab.

ABSTIMMUNG

Änderung der Traktandenliste: 16 JA / 19 NEIN (Abstimmung 07)

://: Der Änderungsantrag der FDP wird abgelehnt. Die Traktandenliste wird in der vorliegenden Form gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Protokoll vom 25. August 2025	
2. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 05.05.2025 Teilzonenplan Zentrum, 2. Lesung	63/XII

3.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.09.2025 Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	87
4.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025 Initiative Baumschutz Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	46
5.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025 Bewilligung einer Investitionsausgabe für eine Strassensanierung mit neuem Fussweg in der Benkenstrasse zwischen Fuchshagweg und Nussbaumweg Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	85
6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025 Energiefonds – Neualimentierung 2026-2035 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	86
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	54
8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
9.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Interpellation R. Büchelin, SP: Ranger/in Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	52
10.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.05.2025 Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	66
11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.06.2025 Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	47
12.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.07.2025 Interpellation FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweiräder Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	56
13.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen Geschäftskreisführung: a.i. Rahel Bänziger	58
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	31

- | | | |
|-----|---|----|
| 15. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025
Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 63 |
| 16. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025
Interpellation St. Siegel, SVP: Zentrumsleistungen
Geschäftskreisführung: Marc Schinzel | 59 |
| 17. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.08.2025
Interfraktionelle Interpellation: Transparenz der Vergabe von Kulturförder-
geldern durch die Gemeinde Binningen
Geschäftskreisführung: Marc Schinzel | 60 |
| 18. | Diversa | |

Traktandum 1

Protokoll vom 25. August 2025

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP informiert, Sirin Hauri habe das Büro auf einen Fehler auf Seite 15 des Protokolls hingewiesen. Bei den Abstimmungsergebnissen zu Traktandum 3 «Teilzonenplan Zentrum», Antrag 2a bei der Abstimmung 5 sollte es heissen 16 JA und 20 NEIN bei 0 Enthaltungen, anstatt bei 4 Enthaltungen. Das Büro hat diese Änderung genehmigt. Ansonsten sind keine weiteren Änderungsanträge beim Büro eingegangen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird mit einer Änderung genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 63/XII

Teilzonenplan Zentrum, 2. Lesung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Präsident Thomas Haefele, FDP erläutert, da das Geschäft ein neu zu erlassendes Reglement enthält, bedarf es einer zweiten Lesung des gesamten Geschäfts. Er bittet darum, seine nicht korrekte Aussage dazu am Ende der vergangenen Sitzung zu entschuldigen. Aktuell liegt ein Antrag der FDP für eine Änderung von § 18 Abs. 3 des Reglements vor.

Stefan Kaiser, FDP möchte nicht die ganze Diskussion der letzten Sitzung wiederholen. Er wird einfach nochmals kurz auf den Antrag eingehen, den die FDP gestellt hat auf Änderung von § 18 Abs. 3, dass man die Baslerstrasse aus der zwingenden Vorgabe ausnimmt, dass im Erdgeschoss strassenzugewandt Ladenflächen vorgesehen werden sollen. Das alte Reglement kannte keine derartige Regelung. Der Votant vermutet, dass sich die damaligen Personen im Einwohnerrat oder davor im Gemeinderat und in der Gemeindeversammlung etwas dabei überlegt haben. Die Baslerstrasse wird nie zu einer attraktiven Flaniermeile, weil sie zwischen Trams, der Hauptstrasse und dem Birsig eingeklemmt ist. Es hat sehr wenig Platz, um attraktive Ladenumgebungen zu gestalten. Zudem wird ein Investor, der dort Wohnungen und Häuser neu bauen will, die Ladenflächen enthalten müssen, die er nicht attraktiv vermieten kann, den Mietzins, der ihm entgeht, sicher auf die Wohnungen in den Obergeschossen draufschlagen. Das fördert den billigen Wohnraum, wie er von der SP auch im heute neu eingereichten Vorstoss verlangt wird, sicher nicht. Das Einzige, was man machen könnte – und was auch im erwähnten Vorstoss steht, dass notabene die Gemeinde schauen soll, wie attraktiver, günstiger Wohnraum in der Gemeinde erstellt werden kann – wäre, diesem Antrag zu folgen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP teilt mit, der Gemeinderat habe sich das letzte Mal schon festgelegt, dass er die Gewerbenutzung an der Baslerstrasse verfolgen möchte. Es ist nicht das Ziel, eine Flaniermeile zu eröffnen und dort nur Läden zu haben. Es geht um die Gewerbenutzung. Es liegt im öffentlichen Interesse, dass das Gewerbe in Binningen Platz hat und man nicht irgendwohin fahren muss, um das Gewerbe zu suchen, sondern dass man wohnen und arbeiten nahe bei einander hat. Daher lehnt der Gemeinderat den Antrag der FDP ab.

Gaida Löhr, SP glaubt ebenfalls, es gehe nicht um eine Flaniermeile und es gehe auch nicht darum, etwas Neues zu machen an der Baslerstrasse. Wer je an dieser Baslerstrasse ungemütlich flanieren war, gemütlich ist es nicht, der stellte fest, dass es dort im Erdgeschoss in praktisch keinem Haus eine Wohnung gibt. Es startet beim Schloss. Früher war dort ein Restaurant, heute ist es ein Wohnheim. Dann kommt ein indischer Laden, ein Coiffeur, ein Spielgeschäft, Schaub Licht, eine KiTA etc. Auf der anderen Seite ist es genau das Gleiche. Es ist bereits eine Gewerbezone mit ganz wenig Ausnahmen. Es sind praktisch alles Kleingewerbe, vielleicht keine Ladengeschäfte mit Laufkundschaft, aber es ist vorhanden. Dass man dies weiterhin stützt, findet die Votantin sinnvoll. Die Frage, wie toll eine Wohnung an der Baslerstrasse im Erdgeschoss ist, ist eine andere.

Oliver Peter, Mitte/GLP möchte vorausschicken, dass seine Fraktion Stimmfreigabe beschlossen hat. Persönlich möchte er das Votum von Gaida Löhr unterstützen. Binningen hat kein Gewerbequartier. Während sich an der Hauptstrasse vielleicht ein Ausgeh- resp. Shopping-Viertel mit Laufkundschaft entwickeln soll, wäre die Baslerstrasse als Gewerbe- und Dienstleistungsviertel geeignet. Man kann sagen, es sei eingeklemmt zwischen Tram und Strasse usw. Man kann aber auch sagen, dass es ein Express-tram ist. Es wird in Zukunft fast ein S-Bahn-Anschluss. Es ist also auch sehr verkehrsgünstig gelegen.

Olivier Kremo, SVP unterstützt den Antrag der FDP in dem Sinn, dass es um die Freiheit gehe. Wenn jemand das Gewerbe in den Räumlichkeiten behalten möchte, was der Votant sehr schön findet, dann soll er das machen. Wenn jemand findet, er möchte dort eine Wohnung bauen, dann soll er dort eine Wohnung bauen. Es geht um die Wahlfreiheit. Er findet, man müsse nicht darüber diskutieren, was besser sei, sondern ob man den Eigentümern die Wahlfreiheit lassen oder ob man sie einschränken möchte.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 der BPK: 34 JA / 1 NEIN (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst den Teilzonenplan Siedlung «Zentrum» (Stand 17. Oktober 2024) mit folgender Änderung:
Die vorgesehene Zweckbestimmung «Grünanlage» in der OEWA-Parzelle D (Nummer 2923) wird gestrichen. Für dieses Areal gilt ausschliesslich die Zweckbestimmung «Spielplatz».

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP führt aus, der Rat habe in der ersten Lesung die Änderungsanträge der BPK zum Teilzonenreglement abgelehnt. Das heisst, in der heutigen zweiten Lesung wird das Teilzonenreglement Stand 12. Februar 2025 beraten, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen.

DETAILBERATUNG / 2. LESUNG DES REGLEMENTS (Abschnittsweise)

Abschnitt A: Erlass (§ 1)

Keine Wortmeldungen.

Abschnitt B: Definitionen (§ 2 bis § 17)

Keine Wortmeldungen.

Abschnitt C: Grundnutzungszonen, Nutzungsart und Massvorschriften (§ 18 bis § 26)

§ 18 Nutzungsart

Zu § 18 Abs. 3 liegt ein Änderungsantrag der FDP vor auf Streichung der Baslerstrasse. Der Präsident möchte diesen der Formulierung des Gemeinderats gegenüberstellen.

ABSTIMMUNG

Ausmehren

Antrag FDP: 18 JA

Antrag Gemeinderat: 17 JA

Keine Enthaltungen (Abstimmung 09)

://: Der Antrag der FDP, Streichung der Baslerstrasse aus § 18 Abs. 3, obsiegt.

Abschnitt D: Überlagernde Festlegungen und Gestaltungsvorschriften (§ 27 bis § 51)

Keine Wortmeldungen.

Abschnitt E: Schlussbestimmungen (§ 52 bis § 56)

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

Genehmigung Teilzonenreglement mit Änderung von § 18 Abs. 3: 34 JA / 1 NEIN (Abstimmung 10)

Antrag 3 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 11)

Antrag 4 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 12)

BESCHLUSS

://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst das Teilzonenreglement Siedlung «Zentrum» (Stand 12. Februar 2025) mit folgender Änderung:

§ 18 Abs. 3: Die Zentrumszone entlang der Hauptstrasse bezweckt die Entwicklung von lebendigen Strassenzügen mit vielfältigen Nutzungen. (Streichung des Passus «und der Baslerstrasse»)

://: 3. Der Einwohnerrat beschliesst die Aufhebung der Baulinien gemäss «Mutationsplan Baulinien aufzuhebend (Plan 2 von 2)» (Stand 17. Oktober 2024).

://: 4. Der Einwohnerrat beschliesst die neuen Baulinien gemäss «Mutationsplan Baulinien neu (Plan 1 von 2)» (Stand 17. Oktober 2024).

Traktandum 3

Gesch. Nr. 87

Spezialkommission Totalrevision Gemeindeordnung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Der Präsident informiert, es liege ein Ordnungsantrag der FDP auf Rückweisung des Geschäfts vor.

Christoph Daniel Maier, FDP erwähnt, die FDP sei der Ansicht, dass eine offene Überweisung einer Totalrevision ohne jede Leitplanke und ohne objektive Grundlage der falsche Weg sei. Wenn der Gemeinderat die Umsetzung des Postulats Zimmermann vorschlagen möchte, sollte er dem Einwohnerrat die Leitplanken für die Behandlung dieses Geschäfts vorher vorbereiten. Die Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat dem Rat zuerst Szenarien mit Bewertung der Auswirkungen in organisatorischer, finanzieller

und politischer Hinsicht einer allfälligen Verkleinerung des Gemeinderats vorlegt. Das wäre eine gute und sinnvolle Basis, um die Diskussion in einer Spezialkommission (SpezKo) nicht einfach in eine ausufernde Breite zu bringen und gleichzeitig die Grundlage zu schaffen, damit man auf dieser objektiven Basis zu einem breiten Konsens kommen kann. Die FDP befürchtet, dass man, wenn der Einwohnerrat eine SpezKo ohne konkreten Auftrag schafft, schlussendlich eine sehr langwierige und nicht vielversprechende Arbeit einer SpezKo vorfinden wird und möglicherweise zum Schluss wegen des fehlenden, klar begrenzten Auftrags auch keine zielführenden Diskussionen in einer solchen SpezKo hat.

Lewin Lempert, SP findet, gerade wenn es wie in diesem Fall darum gehe, den Gemeinderat zu verkleinern, sei es am Einwohnerrat zu beurteilen, ob er das möchte oder nicht. Nicht das betroffene Gremium selbst sollte Szenarien erarbeiten, auf die man dann referenzieren muss. Das löst logischerweise Widerstand aus bzw. führt dazu, dass Unterlagen in diese Kommission kommen, die gewisse Personen nicht gut finden und andere schon. Der Redner ist der Meinung, wenn der Einwohnerrat das Gremium Gemeinderat verkleinern will, dann ist es an ihm, die notwendigen Abklärungen zu machen. Er glaubt nicht, dass es zielführend ist, Verantwortungsdiffusion zu betreiben und den Gemeinderat mit etwas zu beauftragen, bei dem dann die Gleichen, die jetzt diesen Antrag stellen, sagen: «Was vom Gemeinderat kommt, das nehmen wir sowieso nicht so ernst.». Das passt für ihn nicht und daher möchte er beliebt machen, beim Vorschlag des Gemeinderats zu bleiben.

Felix Gerber, Mitte/GLP kann sich seinem Vorredner nur anschliessen. Er glaubt auch, dass dies Sinn mache, wenn man von einer Totalrevision spreche. Das Dokument hat 17 Seiten. Von einer SpezKo kann man erwarten, dass sich die Mitglieder das initial alles einmal anschauen und dann gemeinsam besprechen, was sie ändern möchten. Natürlich sollten sie insbesondere auf das erwähnte Thema eingehen, aber vielleicht gibt es ja auch noch andere Sachen. Es scheint dem Votanten effizienter, dies den Leuten zu überlassen, die sich damit beschäftigen werden, anstatt dass sich alle 40 Ratsmitglieder mit Szenarien befassen, die zum Schluss sowieso noch einmal in einer Kommission diskutiert werden.

Roman Oberli, SVP sieht es ähnlich wie seine Vorredner. Die SVP ist auch nicht der Meinung, dass man die vom Geschäft Betroffenen befragen sollte, welche Auswirkungen es gäbe und was ihre Szenarien wären. Als Gemeinderat würde der Redner logischerweise sagen: «Alle Szenarien sind schlecht. Wir wollen nicht, dass der Gemeinderat reduziert wird.». Zur Revision selbst: Die Fraktion findet es gut, dass eine Totalrevision vorgesehen ist. Es gab bereits einige Teilrevisionen. Sie finden es einen guten Anlass, eine Totalrevision zu machen und alles einmal anzuschauen. Daher ist die SVP gegen Rückweisung und für die Bildung einer SpezKo.

Nach Ansicht von *Stefan Kaiser, FDP* geht es bei diesem Geschäft auch um Transparenz und den Einbezug aller. Wenn man dieses jetzt ohne Vorschläge oder Grundideen des Gemeinderats, wie es in etwa aussehen könnte und welche Varianten es gäbe, in eine Kommission schickt, dann sind die Mitglieder der Kommission dem Kommissionsgeheimnis unterworfen. Sie könnten im Prinzip nicht diskutieren, was vernünftig wäre und was nicht, wie es ihre Fraktionen sehen und auch der Input der Bevölkerung würde fehlen, wenn nicht einmal etwas durch die Medien gegangen wäre bei einer ersten Einwohnerratsdiskussion zu diesem Geschäft. Der Rat sollte sich überlegen, ob dieses Vorgehen besser ist, als eine Urnenabstimmung, bei der alle finden: «Was hat man hier gemacht?» und dann geht es den Bach runter.

Für *Karin Glaser, Grüne/EVP* geht es bei dieser SpezKo auch darum, dass man in der SpezKo erarbeitet, was man möchte. Die Idee ist, dass dies relativ eng zusammen mit dem Gemeinderat gemacht wird. Sie nimmt an, dass man in der SpezKo von den Ideen des Gemeinderats unterstützt wird oder so ähnlich und das dann zusammensetzt. Aus Sicht der Votantin macht es Sinn, wenn der Vorschlag von der SpezKo kommt und nicht nur vom Gemeinderat, den es hauptsächlich betrifft.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, die Idee sei nicht, dass man ineffizient vorgehe, sondern im Gegenteil, dass man effizient unterwegs sei. Es geht um die Grundfeste der Organisation, wie

Binningen als Gemeinde organisiert ist. Wenn der Gemeinderat einen Vorschlag mit Szenarien macht, dann geschieht genau das, was erwähnt wurde. Es wird in eine SpezKo geschickt und dort werden alle Szenarien nochmals angeschaut. Das soll vermieden werden. Der Gemeinderat möchte zusammen mit dem Einwohnerrat, der direkt betroffen ist, die verschiedenen Optionen und Möglichkeiten anschauen. Ob der Gemeinderat sich am Schluss selbst abschafft, verkleinert oder vergrössert – das wäre ja auch eine Möglichkeit. Ob es sinnvoll wäre, ist eine andere Frage –, das Ziel ist, dass man gemeinsam die Grundregeln miteinander erarbeitet. Der Auftrag scheint ihr klar. Es muss geprüft werden, was eine sinnvolle Organisation ist und dafür braucht es nicht bereits erste, konkrete Vorschläge. Das kann auch gemeinsam erarbeitet werden.

ABSTIMMUNG

Rückweisung an Gemeinderat: 8 JA / 27 NEIN (Abstimmung 13)

://: Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

GESCHÄFTSBERATUNG

Monique van Loon, Mitte/GLP möchte dem Gemeinderat an dieser Stelle nochmals danken, dass er den Rat frühzeitig einbeziehen will im Sinn eines Change-Vorhabens. Die Mitte/GLP begrüsst dies sehr. Wie die Vorredner bereits gesagt haben, ist es für die Fraktion wichtig, dass das Ganze effizient erfolgt. Ihrer Ansicht nach sollte es eine möglichst kleine Gruppe sein, die hier involviert ist. Schon nur, weil die Anwesenden im Milizsystem arbeiten und die Terminfindung bei einer grösseren Kommission schwierig ist. Das ist für die Mitte/GLP das Allerwichtigste. Ein sauberer Fahrplan, möglichst wenig Leute, um den Koordinationsaufwand und entsprechend die Sitzungsgelder klein zu halten, wäre der Fraktion wichtig.

Lewin Lempert, SP kann sich dem Votum anschliessen. Die SP hat daher auch einen Antrag eingereicht für eine fünfköpfige Kommission. Er nimmt an, dass später darüber abgestimmt wird. Ansonsten kann der Redner nichts mehr ergänzen.

Karin Glaser, Grüne/EVP hat es vorhin bereits angetönt. Eine Totalrevision der Gemeindeordnung macht für die Grünen/EVP sicher Sinn, wenn man das Datum der letzten Gemeindeordnung vom 23. August 1999 anschaut. Und die Version davor war auch schon 29 Jahre alt. Für ihre Fraktion heisst es nicht, es tönt nämlich fast ein wenig danach, dass alles geändert und neu werden muss. Aber eine Überarbeitung und ein Überdenken ist sicher nötig. Im Moment hat sie manchmal das Gefühl, dass der Einwohnerrat vom Gemeinderat übergangen wird. Geschäfte hängen fest, auch wenn im Budget dafür Geld gesprochen wurde. Das ist nur ein Beispiel. Ob solche Sachen in der Gemeindeordnung geregelt werden können, muss man sehen. Es gibt aktuell auch Punkte in der Gemeindeordnung, bei denen aufgehoben steht mit einem Sternchen seit wann. Was genau damals aufgehoben wurde, steht nicht. Das erscheint der Votantin etwas seltsam. Die Punkte, die im letzten Jahr im Rahmen der Teilrevision verabschiedet wurden, müssen natürlich bleiben, wie sie sind. Es wäre nicht wirklich glaubwürdig, wenn man etwas beschliesst und es im folgenden Jahr bereits wieder ändert. Die Grünen/EVP sprechen sich auch für eine möglichst kleine, effiziente SpezKo aus. Ob es eine siebenköpfige oder eine fünfköpfige SpezKo sein soll, muss man sehen. Je mehr Mitglieder es sind, desto träger wird sie auf jeden Fall.

Roman Oberli, SVP erwähnt, eine Totalrevision sei aus Sicht seiner Fraktion sicherlich wünschenswert. Die SVP möchte nicht nur die Anzahl Mitglieder des Gemeinderats anschauen, sondern generell einige Kompetenzfragen und ob noch alle Vorschriften zeitgemäss sind. Bezüglich der Grösse sehen sie eine 9er Kommission als bestes Mittel. Damit kann auch der Wählerproporz bis zu einem gewissen Grad in der Kommission abgebildet werden. Bezugnehmend auf das Votum von Stefan Kaiser erklärt der Votant, dass Inputs aus den Fraktionen immer in die Kommission eingebracht werden können, aber Inhalte aus

der Kommissionberatung können nicht zurück in die Fraktionen.

Christoph Daniel Maier, FDP erläutert, die Gemeindeordnung, wie dies die Gemeindepräsidentin erklärt habe, sei die Grundlage, die Verfassung in der Gemeinde Binningen. Die Revision dieser Verfassung sollte in einem Verfahren geschehen, welches nicht hinter verschlossenen Türen stattfindet. Es sollte ein möglichst weiter Einbezug und ein möglichst transparentes Verfahren vorgesehen werden. Möglichst viele sollten an der Erarbeitung dieser Grundlage, unserer Verfassung, mitarbeiten. Wenn es um die Totalrevision der Verfassung geht, gibt es in den Kantonen sogar ein Verfahren, bei welchem extra eine verfassungsgebende Versammlung gewählt wird, nur um eine entsprechende neue Grundlage zu schaffen unter Einbezug aller gesellschaftlichen Kreise und v.a. unter Einbezug der gesamten Öffentlichkeit. Wenn eine Totalrevision das Ziel ist, wehrt sich der Votant mit genau dieser Begründung ganz massiv dagegen, dass diese nun in eine Kleinstkommission soll mit dem Ziel, effizient aber vielleicht etwas zu wenig demokratisch weiterzufahren. Das Einzige, was sich die FDP als Fraktion vorstellen kann ist, dass eine möglichst grosse, breit abgestützte Kommission einen solchen Vorschlag erarbeitet.

Es ist wichtig, dass der Vorschlag nicht einfach hinter verschlossenen Türen erarbeitet wird, sondern möglichst unter Einbezug aller Kreise insbesondere des Einwohnerrats. Das muss z.B. dadurch gewährleistet werden, dass in periodischen Abständen, die kürzeste Periode, die sich der Redner vorstellen kann ist, dass mind. jährlich in einem Bericht über die Ergebnisse einer solchen Kommission berichtet wird. Lieber wäre ihm aber noch häufiger. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Grundlagen, auf denen schlussendlich eine Neuordnung der Gemeinde stattfindet, auch breit abgestützt werden. Als weiteren Punkt möchte er anregen – das ist die Voraussetzung, die Basis für die FDP, um überhaupt auf dieses Geschäft einzutreten –, dass man sich Gedanken darüber macht, was eine Veränderung z.B. der Grösse des Gemeinderats in finanzieller aber auch in politischer und organisatorischer Hinsicht bewirken würde. Dass man dies aufgrund einer möglichst objektiven Grundlage erarbeitet und nicht einfach ins Blaue hinaus eine Änderung vornimmt, die man auf nichts ausser auf sein eigenes Empfinden abstützt und ohne Rücksprache mit der weiteren Öffentlichkeit. Entsprechend wird die Fraktion sich dafür einsetzen, dass eine grosse Kommission eingesetzt wird, also eine 9er Kommission. Im Weiteren stellt die FDP den Antrag, dass diese Kommission in periodischen Abständen berichtet, mind. aber einmal jährlich, und dass alle gesellschaftlichen Kreise in diesen Totalrevisionsprozess miteinbezogen werden.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP schliesst aus dem letzten Votum von Christoph Maier, dass die Immobilienkommission mit fünf Mitgliedern demokratisch nicht so legitimierte Entscheide fällt. Das ist der Umkehrschluss aus dem Votum. Was diese SpezKo erarbeitet – sei es eine 5er, 7er oder 9er Kommission – kommt hier in den Rat. Der Rat entscheidet, was mit dem Ergebnis geschieht, das die SpezKo erarbeitet hat. Zu sagen, eine 5er Kommission sei von vornherein demokratisch nicht legitimiert, ist aus Sicht der Votantin völlig falsch, denn es wird ja noch im Rat diskutiert. Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass es nicht um Kreditvorlagen oder mögliche Submissionsgeschäfte geht. Es geht darum, wie man die Gemeinde organisieren möchte. Es kann sein, dass am Schluss alles beim Alten bleibt, weil man findet, dass es immer noch ein relativ gutes System ist. Die Information kann durchaus in den Fraktionen diskutiert werden und es wird auch in den Fraktionen diskutiert, was man z.B. an einem Wechsel auf drei oder fünf Mitglieder gut findet oder an einer Vergrösserung auf 9 Mitglieder. Das sind Fragen, die man innerhalb der Fraktionen diskutieren kann, ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen.

Der Einwohnerrat entscheidet, wie gross die SpezKo wird. Wenn man zügig vorwärtskommen will, scheint der Votantin eine kleine Kommission sicher vernünftiger. Sie wiederholt nochmals: Die Ergebnisse, die die SpezKo erarbeitet – Berichterstattung ist kein Problem –, kommen wie bei jedem Geschäft in den Rat. Der Rat kann Fragen immer noch anders entscheiden, als dies die SpezKo getan hat. Daher wehrt sie sich gegen den Vorwurf, man wolle hier in völliger Intransparenz und dunkler Kammer irgendetwas erarbeiten. Wenn der Gemeinderat dies hätte tun wollen, hätte er nicht den Vorschlag gemacht, den Einwohnerrat von Anfang an einzubeziehen. Dann hätte er schon etwas erarbeitet, Szenarien vorgespurt und in eine Richtung tendiert. Aber genau das Gegenteil möchte der Gemeinderat. Daher ist

man jetzt hier und sie wäre froh, wenn man mit einer kleinen SpezKo arbeiten könnte, mit der man, wie bereits angetönt, einfacher und schneller vorwärtskommt.

Roman Oberli, SVP möchte noch kurz auf die Kommissionen resp. die Kommissionsgrössen eingehen. Er findet nicht, dass eine 9er Kommission eine grosse Kommission ist. Es gab bereits grössere Kommissionen, 10er oder 11er Kommissionen oder wie beim letzten Mal, als es um die Gemeindeordnung ging («Binningen 2000»), eine 15er Kommission. Ihm scheint eine 9er Kommission ein sehr guter Kompromiss. Seines Erachtens findet man sehr wohl Termine. Es war früher in der GRPK, als es sie noch gab, auch kein riesiges Problem. Zudem könnte eine Stellvertreter-Regelung beschlossen werden. Dann sollte dem nichts im Wege stehen, dass man gut miteinander arbeitet.

Christoph Daniel Maier, FDP richtet sich direkt an die Gemeindepräsidentin. Er muss ihr noch einmal widersprechen. Die Immobilienkommission ist genau so gross aufgestellt, dass von jeder Fraktion ein Mitglied in der Kommission Einsitz nimmt. Es ist aber nicht so, dass sie in irgendeiner Art und Weise Entscheide fällt. Das ist bei anderen Kommissionen anders und es wäre selbstverständlich auch so, dass in Bezug auf eine Totalrevision der Gemeindeordnung Entscheide gefällt werden sollen, in dem Sinne auch politische Wertungen. Das ist der grosse Unterschied. Er findet es schade, dass der Unterschied, was der Zweck der Immobilienkommission ist und was jetzt hier der Zweck ist, auch in politischer, demokratischer Hinsicht in Bezug auf die Zusammensetzung und die Grösse dieser allfälligen SpezKo für die Revision der Gemeindeordnung, im Gemeinderat nicht angekommen ist. Der Redner hofft sehr, dass das Demokratieverständnis im Gemeinderat in Zukunft wächst und nicht weiter abnimmt.

Stephan Siegel, SVP äussert sich nochmals zur Grösse der Kommission. Er möchte den Vorschlag unterstützen, die SpezKo möglichst gross zu wählen. Diejenigen, die in der Kommission dabei waren als es darum ging, die Schuldenbremse abzuschaffen, wissen, dass es lange gedauert hat. Vier Jahre. Es war ein riesiges Hin und Her. Viele Diskussionen. Was am Schluss in den Rat gekommen ist, wurde nicht mehr gross diskutiert, wenn man es mit den vier Jahren davor vergleicht. Und der Präsident hatte auch einen grossen Einfluss. Das ist so. Das ist normal in einer Kommission. Daher findet er, wenn es um eine Änderung der Gemeindeordnung gehe, sei eine grössere Kommission sinnvoll.

Lewin Lempert, SP findet es nicht entscheidend, ob es eine 5er oder 9er Kommission ist in Bezug auf die Frage, ob man es als Kommission schafft, die relevanten Fragen zu stellen, die relevanten Personen anzuhören und dann eine Analyse zu machen, wie man die Gemeindeordnung weiterentwickeln will. Es kommt viel mehr darauf an, und da ist der Redner beim zweiten Antrag der FDP-Fraktion, er muss ihn noch schriftlich sehen, ist aber durchaus einverstanden mit der jährlichen Berichterstattung und dem Auftrag, auch über die Kommission hinaus Kreise anzuhören. Man kann den Gemeinderat einladen. Man kann den Gemeinderat von Birsfelden einladen, der z.B. fünf Mitglieder hat, oder die Stadtregierung von Zürich mit neun Mitgliedern. Das sind die entscheidenden Punkte. Anhörungen, Analysen, um nachher darüber zu entscheiden. Ob nun fünf oder neun Personen diese Entscheidung in der SpezKo treffen, spielt seines Erachtens keine Rolle. Die SP präferiert bei dieser Ausgangslage eine 5er SpezKo. Der Einwohnerrat ist ein Milizparlament und es ist eine grosse Aufgabe. Es ist gut, wenn es pro Fraktion eine Person gibt, die sich um dieses Thema kümmert und keine Verantwortungsdiffusion stattfindet. Sonst kommt einmal ein Ersatzmitglied und es sind immer wieder andere Personen in der SpezKo. Nach Ansicht des Votanten sollten es fünf Personen sein, die motiviert sind, die Arbeiten zu machen und die logischerweise, wie die Gemeindepräsidentin erläutert hat, zu entscheidenden Punkten Rücksprache in der Fraktion halten. Eine 5er SpezKo ist effizienter, aber die Grösse entscheidet nicht, ob die Kommission gute Arbeit leistet. Das müssen die Leute in der Kommission selbst zu Stande bringen.

Roman Oberli, SVP war am Anfang des Traktandums, als es um die Frage ging, ob eine SpezKo gebildet werden soll, bei Lewin Lempert. Nun hat sein Vorredner erwähnt, es sei für die SP nicht entscheidend, welche Grösse die SpezKo habe. Wenn er nun hört, dass auf bürgerlicher Seite das Bedürfnis nach einer grösseren Kommission da ist, wenn man sich hier auf einen Konsens einigen könnte, könnte man schon

einmal gut in die Kommissionsarbeit starten und nicht verkrampft in die Geschichte reingehen. Der Redner ist der Meinung, dass die Anzahl der Mitglieder nicht mit der Motivation der einzelnen Mitglieder zusammenhängt. Er ist überzeugt, dass man es in jeder Fraktion schafft, mehr als ein motiviertes Mitglied für diese SpezKo zu finden. Er spricht sich dafür aus, einen Konsens zu finden, mit welchen alle leben können. Es muss keine 15er Kommission sein, es muss aber auch keine 5er Kommission sein. Dann hat man eine gute SpezKo.

Christoph Daniel Maier, FDP muss nochmals auf das Votum von Lewin Lempert zurückkommen. Eine 5er SpezKo heisst schlussendlich, dass diese nach Proporz zusammengesetzt werden würde. Diese Kommission würde nicht alle Fraktion miteinschliessen, einfach aufgrund der Grösse. Es sei denn, der Rat beschliesst, dass er eine andere, also eine nicht politische Zusammensetzung möchte resp. einfach eine Kommission möchte, in der alle Fraktionen vertreten sind, wie er dies bei der Immobilienkommission beschlossen hat. Der Redner glaubt, genau aus diesem Grund, damit alle Fraktionen und gleichzeitig auch das politische Gewicht in einer solchen Kommission vertreten sind, sei eine 9er Kommission die richtige Wahl für diese grosse Aufgabe der Revision der Gemeindeordnung. Der Votant hat eine gewisse Erfahrung aufgrund der letzten Teilrevision der Gemeindeordnung, wie man derart grosse Aufgaben angeht und wie man schlussendlich durch gute Beratung und gute Repräsentanz in dieser Gemeinde zu einem grossen Konsens kommen kann. Er möchte aus sachlichen und objektiven Gründen beliebt machen, dass man diese SpezKo nicht einfach klein und scheinbar effizient macht. Denn am Schluss ist es wichtig, dass in der SpezKo etwas erarbeitet wird, das grossmehrheitlich von allen unterstützt werden kann. Etwas effizient durchzudrücken hat der Gemeinderat schon das eine oder andere Mal versucht und ist damit gescheitert.

ABSTIMMUNG

Der Präsident hat den Eindruck, die Meinungen seien gemacht. Er möchte zuerst über den Antrag des Gemeinderats zur Bildung einer SpezKo abstimmen lassen, anschliessend über den Berichtsrhythmus und die SpezKo-Grösse.

Sirin Hauri, Grüne/EVP hat noch eine Frage, die relevant wäre für die Meinungsbildung. Christoph Maier hat gesagt, dass eine 5er SpezKo nach Proporz zusammengesetzt werden würde. Sie ging bisher davon aus, dass eine 5er SpezKo so zusammengesetzt werden würde wie die Immobilienkommission. Was wäre die konkrete Zusammenstellung einer 5er Kommission?

Auf dem Visualizer wird die Zusammensetzung einer 5er Kommission projiziert.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, gemäss vorliegender Berechnung hat in der laufenden Legislatur in einer 5er Kommission nach Proporz jede Fraktion einen Sitz.

Bildung einer SpezKo: 31 JA / 3 NEIN (Abstimmung 14)

Antrag der FDP: Berichtsrhythmus mind. einmal jährlich: 32 JA / 2 NEIN (Abstimmung 15)

Damit kommt der Rat zur Abstimmung über die Grösse der Kommission. Es obliegt dem Einwohnerrat, die Grösse zu bestimmen. Die Mitglieder werden sodann vom Büro ernannt. Es liegt ein Antrag zur Bildung einer SpezKo mit fünf Mitgliedern und ein Antrag für eine 9er SpezKo vor.

Ausmehren: Grösse der SpezKo

5er SpezKo: 19 JA

9er SpezKo: 15 JA

eine Enthaltung (Abstimmung 16).

- ://:** 1. Der Einwohnerrat bestellt eine «SpezKo GO» mit dem Auftrag, zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung die Grundlagen für eine Totalrevision der Gemeindeordnung noch in dieser Legislatur zu erarbeiten.
- ://:** 2. Die «SpezKo GO» berichtet mindestens einmal jährlich an den Einwohnerrat.
- ://:** 3. Die «SpezKo GO» setzt sich aus fünf Ratsmitgliedern zusammen (5er SpezKo).
-

Roman Oberli, SVP erläutert, es gäbe theoretisch die Möglichkeit, mehrere Anträge zur Grösse der SpezKo zu stellen. Das heisst, er ist der Ansicht, man sei noch nicht am Schluss dieses Geschäfts angelangt. Um konkret auf den Punkt zu kommen: Wenn man sieht, wie knapp die Abstimmung in Anbetracht der Anzahl Mitglieder war, die heute gefehlt haben, möchte seine Fraktion beliebt machen, das Geschäft stehen zu lassen und die Frage der Kommissionsgrösse auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Präsident Thomas Haefele, FDP fragt nach, ob die SVP den Antrag stelle, in der nächsten Sitzung auf das Geschäft zurückzukommen. Er kennt kein Instrument, das es ermöglichen würde, diese Abstimmung einfach an einer anderen Sitzung zu wiederholen. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert der Antrag?

Roman Oberli, SVP teilt mit, nach dem Verständnis seiner Fraktion sei das Geschäft noch nicht abgeschlossen. Man hat zwei Unteranträge gegeneinander ausgemehrt. Das heisst, man ist noch in der Detailberatung des Geschäfts. Da das Geschäft noch nicht abgeschlossen ist, kann es auf eine nächste Sitzung traktandiert werden. Es muss dafür kein Rückkommen gestellt werden. Die SVP fände dies angebracht in Anbetracht, dass heute fünf Mitglieder des Rats gefehlt und vier Stimmen den Unterschied gemacht haben.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP äussert, das sei durchaus richtig, aber dann wäre die Rechtsgültigkeit jeder Abstimmung zu hinterfragen.

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, es gehe selbstverständlich nicht um die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse des Einwohnerrats. Der Antrag, den Roman Oberli stellt, ist, dass das Geschäft weiterhin traktandiert bleibt bis zur nächsten Sitzung. Dieser Antrag findet der Redner durchaus legitim mit der entsprechenden Begründung, die Roman Oberli geäussert hat, dass nämlich ein grosser Teil der Einwohnerratsmitglieder heute fehlt. Ein Geschäft stehen zu lassen bedeutet, dass in der nächsten Sitzung nochmals darüber abgestimmt werden kann.

Präsident Thomas Haefele, FDP informiert, nach seinem Dafürhalten gibt es gemäss § 44 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats die Möglichkeit für ein Rückkommen. Wenn der Rat dies mit einem einfach Mehr gutheisst, kann auf die Beratung des Geschäfts zurückgekommen werden. Andernfalls kann auf die nächste Sitzung ein Antrag gestellt werden, in welcher Form auch immer, ob dies mit einer dringlichen Motion oder einem anderen Vorstoss ist. Er fragt nach, ob die SVP einen Antrag auf Rückkommen stellen möchte.

Lewin Lempert, SP findet, ob dieser Antrag zugelassen werde oder nicht, sei eine andere Frage. Er möchte klarstellen, dass man sich hier in einem Parlament befinde und nicht auf einem türkischen Bazar, wo man sagt: «Jetzt hat es nicht gereicht, dann stimmen wird doch bitte an der nächsten Sitzung nochmals darüber ab.». Vorhin, beim Teilzonenplan Zentrum, gab es auch eine knappe Abstimmung mit 18 zu 17 Stimmen. Es gab Abwesenheiten und seine Fraktion hat auch nicht gesagt, man solle nun stoppen und das Geschäft an der nächsten Sitzung wieder traktandieren. Der Redner findet, man müsse sich

an die demokratischen Spielregeln halten. Der Einwohnerrat ist ein Parlament und hat gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Verpflichtung, die Prozesse so zu gestalten, dass sie transparent sind und nicht je nach Abstimmungsausgang zu sagen, jetzt machen wir es lieber anders. Inhaltlich möchte er noch festhalten, dass eine 5er Kommission 100 Prozent die Mehrheiten in diesem Rat berücksichtigt. Pro Fraktion gibt es ein Mitglied, das mitdiskutieren kann, wie die Gemeindeordnung in Zukunft aussehen soll. Das Mitglied kann die Diskussionen in die Fraktion zurücknehmen. Am Schluss hat man ein Resultat, welches wieder in den Rat kommt und man kann hier darüber diskutieren. Es ist alles in geordneten Bahnen. Aber einfach Geschäfte auf die nächste Sitzung zu traktandieren, weil einem das Resultat nicht passt, dies müssen die Anwesenden seines Erachtens ablehnen. Das kann nicht Gang und Gäbe werden im Binnerer Einwohnerrat.

Karin Glaser, Grüne/EVP äussert, eigentlich habe ihr Vorredner bereits gesagt, was sie ausführen wollte. Es ist kein Wunder, dass die Traktandenlisten der Einwohnerratsitzungen immer länger werden, wenn man am Schluss bald jedes zweite Mal einen Rückkommensantrag hat, weil halt wieder zwei gefehlt haben. Wie es Lewin Lempert gesagt hat, gab es vorhin auch eine knappe Abstimmung. Da hat niemand etwas gesagt. Dort hat es plötzlich gestimmt, weil das Resultat für die Richtigen gestimmt hat.

Roman Oberli, SVP hält nochmals fest, dass man nach Verständnis seiner Fraktion nicht am Schluss dieses Traktandums angelangt ist. Es hat noch keine Schlussabstimmung stattgefunden, daher kann man es weiterziehen. Der andere Punkt ist, dass es sehr wohl etwas Anderes ist, wenn man eine Totalrevision der Gemeindeordnung, der Verfassung machen möchte, die alle betrifft. Wenn man bereits so startet und 45 Prozent der Ratsmitglieder vor Beginn verärgert, dann ist es schwieriger, als wenn man bei einem Sachgeschäft bei einem einzelnen Punkt einen Mehrheitsbeschluss hat.

Lukas Jegge, Mitte/GLP findet es speziell, wenn man eine Abstimmung, die gemacht wurde, plötzlich anzweifelt. 10 Minuten davor gab es noch eine Lektion über Demokratie, wie dies genau sei, man solle doch alle einbeziehen. Dieses Demokratieverständnis findet der Redner etwas speziell. Es gibt ein französisches Bonmot, das heisst: «Les absents ont tort. – Die Abwesenden sind im Unrecht.»

Stefan Kaiser, FDP dankt seinem Vorredner. Er muss zugeben, dass er auch eher auf dieser Linie ist, als auf der Linie, die vorhin von seiner Ratsseite kam. Lewin Lempert möchte er mitgeben, dass die Kommissionsmitglieder die Diskussion in der Kommission nicht zurück in die Fraktion bringen können. Sonst verletzen sie das Kommissionsgeheimnis. Sie können höchstens den umgekehrten Weg gehen.

Gaida Löhr, SP erinnert daran, dass die Anwesenden zu Beginn der Sitzung über die Frage abstimmen mussten, wann der Rat beschlussfähig ist. Wenn 50 Prozent der Mitglieder anwesend sind, also 21. Damit ist der Rat heute mehr als beschlussfähig. Wenn 45 Prozent der Ratsmitglieder nun wütend sind, dann findet sie dies ein lausiges Demokratieverständnis. Die Rednerin selbst ist oft bei der Minderheit, die nicht gewinnt. Trotzdem geht die Demokratie weiter. Ihrer Meinung nach wurde eine Grundsatzabstimmung gemacht. Das Resultat fiel sehr deutlich aus, dass eine SpezKo gewollt ist. Nun streiten sich die Anwesenden eine halbe Ewigkeit über die Anzahl Mitglieder in dieser Kommission. Wichtig erscheint ihr der Antrag, den Christoph Maier gestellt hat, dass eine Berichterstattung erfolgt. Dann kann man darüber diskutieren. Der Bericht ist dann öffentlich und darüber kann diskutiert werden.

Urs Hauri, Grüne/EVP findet es spannend, dass eine 9er Kommission scheinbar politisch korrekt ist und eine 5er Kommission nicht. Tatsache ist, wenn er das richtig versteht, dass man von Seiten der FDP und SVP in einer 9er Kommission in der Mehrheit ist. Das stimmt, dann hat man 5 zu 4 Stimmen gegenüber der Ratsseite, die nun die andere Meinung vertritt. Eigentlich ist diese Seite im Einwohnerrat aber etwas stärker vertreten. Der Redner versteht daher nicht, wo hier die Gerechtigkeit besteht, wenn man eine 9er Kommission nimmt, obwohl er durchaus Argumente für eine 9er Kommission sieht. Für ihn ist es nicht so eindeutig. Aber wenn es rein um die politische Gewichtung geht, findet er nicht, dass es klar ist, dass eine 9er Kommission gerechter ist als eine 5er Kommission.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte einen Antrag zu diesem Geschäft stellen. Er beantragt, dass entgegen den Gepflogenheiten einer Spezialkommission das Kommissionsgeheimnis bei dieser Kommission nicht gelten soll. Damit kann der Transparenzgedanke, der für seine Fraktion extrem wichtig ist, der Austausch und die politische Repräsentanz besser gewährleistet werden. Der Austausch, den die FDP bei einer Totalrevision der Gemeindeordnung als extrem wichtig erachtet, kann so tatsächlich stattfinden, ohne dass es zu einem Hinterzimmer-Verhandeln zwischen Gemeinderat und einer kleineren Kommission wird. Der Redner möchte beliebt machen, dass man diesem Antrag zustimmt als Alternative zur ihm immer noch bevorzugten Vergrößerung der Kommission.

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt Christoph Maier für den Antrag. Sie findet es eine gute Idee, war sich aber nicht sicher, ob es total unüblich ist. Daher hat sie es nicht vorgeschlagen. Sie würde den Antrag aber sehr unterstützen.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP möchte über den Zusatzantrag von Christoph Maier abstimmen lassen. Wer dafür ist, dass man explizit festhält, dass die Mitglieder der Spezialkommission von Vertraulichkeitsverpflichtungen gegenüber ihren Fraktionen entbunden sind, stimmt dem Antrag zu. Der Präsident fragt nochmals beim Antragssteller nach, ob dies der Wortlaut seines Antrags ist.

Christoph Daniel Maier, FDP antwortet, er hätte es nicht besser formulieren können.

Aufhebung Kommissionsgeheimnis für Mitglieder der «SpezKo GO»: Einstimmig JA (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

://: 4. Die Mitglieder der «SpezKo GO» sind von Vertraulichkeitsverpflichtungen gegenüber ihren Fraktionen entbunden.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 46

Initiative Baumschutz Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Präsident Thomas Haefele, FDP informiert, dass eine Vielzahl von Anträgen vorliege, die sich insbesondere auf das Reglement beziehen. Er überlässt es den Fraktionen, diese in ihren Voten zu erläutern.

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens der Grünen/EVP für die Erstellung des neuen Baumschutzreglements. Im Kanton Baselland und in Binningen war bisher keine Möglichkeit vorgesehen, Bäume unter Schutz zu stellen. Bäume haben aber auch oder gerade besonders in dicht bebauten Gebieten wichtige Funktionen. Sie können direkt und effizient die Umgebung abkühlen und bieten Lebensraum für Tiere. Es gibt kaum einen effizienteren Weg, die Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung zu reduzieren. Aufgrund des verdichteten Bauens bleibt aber auch immer weniger Platz übrig für Grünflächen im Allgemeinen und Bäume im Besonderen. Die Grünen sind der festen Überzeugung, dass es einen wirkungsvollen Baumschutz braucht und

haben zusammen mit der SP und der EVP im Oktober 2023 die Initiative «Baumschutz Binningen» auf die Beine gestellt. Beim Unterschriften sammeln haben sie gemerkt, dass der Baumschutz der Bevölkerung ein grosses Anliegen ist. Die Initiative wurde mehrheitlich sehr positiv aufgenommen.

Um was geht es im Detail? Erstens: Alle Bäume, die der Gemeinde gehören oder auf öffentlichem Grund stehen, sollen geschützt sein. Wenn sie trotzdem gefällt werden müssen, gibt es eine Ersatzpflanzung. Zweitens: Es soll möglich sein, dass auch Private freiwillig Bäume auf ihrem Gebiet schützen lassen. Dafür werden sie, weil die Funktion der Bäume auch dem Allgemeinwohl dient, mit einem Betrag an die Baumpflege unterstützt. Drittens: Der Gemeinderat fördert Neupflanzungen, insbesondere auf Hitzeinseln. Insgesamt entspricht das Reglement sehr gut den Forderungen der Initiative. Damit die Initiative von einem Grossteil der Bevölkerung unterstützt werden kann, verzichtet sie bewusst und als Kompromiss auf einen flächendeckenden Schutz von privaten Bäumen. Trotzdem wird den Privatpersonen aber eine Möglichkeit gegeben, wenn sie Bäume erhalten möchten, dies auch zu machen und dabei unterstützt zu werden. Das ist ein Anliegen, dass der Partei viele Leute mitgeteilt haben.

Die Fraktion ist sehr zufrieden mit dem Baumschutzreglement und folgt den Anträgen des Gemeinderats. Die Votantin hat nur noch eine kleine Anmerkung. Vom Schutz ausgenommen sind aktuell noch Wald, Gärtnereien, Baumschulen, Obstbäume und Baumarten, die zu den Neophyten gehören. Der Grossteil davon macht Sinn. Die Fraktion hat sich aber gefragt, weshalb Obstbäume ausgenommen sind, wenn doch Hochstammbäume auch ökologisch sehr wertvoll sind. Das Reglement basiert halt auf anderen Modellen und an anderen Orten umfasst der Baumschutz auch private Gelände und u.a. auch landwirtschaftliche Betriebe. Landwirt/innen möchten nicht bei jedem Obstbaumsatz eine Bewilligung stellen. Da in Binningen aber nur Bäume der Gemeinde geschützt werden, scheint den Grünen/EVP diese Ausnahme hinfällig und sie möchten auch die Hochstammbäume unter Schutz stellen, z.B. das schöne Feld auf dem Bruderholz. Dafür haben sie einen Antrag eingereicht. Die Rednerin bedankt sich für die Unterstützung der Initiative.

Leon Behrends, FDP beginnt die Stellungnahme der FDP-Fraktion mit einem Zitat von § 12 Abs. d des Entwurfs des Baumschutzreglements: «Der Gemeinderat entwirft jeweils einen Fünfjahresplan, der beschreibt, welche Massnahmen ergriffen werden sollen, um ein baumfreundliches, baumschätzendes Binningen zu erreichen und sieht für diesen Zweck jährlich ein Budget vor.». § 12 Abs. e: «Der Gemeinderat berichtet im Rahmen des Jahresberichts über die Entwicklungen des Baumbestandes, insbesondere der geschützten Bäume und den Stand des Fünfjahresplans.». Wenn man dies liest, könnte man fast meinen, es sei einem übereifrigen Planfunktionär aus der DDR entsprungen. Diese Formulierung gibt den Geist des Reglements und der Verordnung ziemlich treffend wieder. Eigentumsfeindlich, kontraproduktiv und nutzlos.

Die FDP-Fraktion stört sich insbesondere an der Möglichkeit des Eingriffs in das Privateigentum über die Unterschutzstellung von Bäumen auf privatem Grund. Wenn jemand seinen privaten Baum schützen möchte, dann macht er dies auch ohne Baumschutzregister. Und wenn jemand seinen Baum nicht schützen, sondern fällen möchte, dann wird er sich auch sicher nicht in ein Register eintragen lassen. Man merkt, das Ganze ist vor allem eine symbolische Aktion. Dass an sich wäre harmlos, wenn nicht so viel unnötige Bürokratie, Regelungen und Komplikationen daraus entstehen würden. Ein Beispiel: Wenn jemand Auswärtiges ein Grundstück in Binningen kaufen möchte, muss er sich zur Vorprüfung noch einen Auszug aus dem Baumschutzregister beschaffen. Wird das vergessen, sind unnötige Rechtsstreitigkeiten vorprogrammiert. Das Gleiche gilt für Bäume, die auf einer Grundstücksgrenze stehen. Was passiert, wenn der eine Nachbar den Baum registrieren lassen möchte und der andere nicht? Selbst wenn die Gemeinde eine Fällung bewilligt, kann die Nachbarschaft gemäss § 6 Abs. 3 Einsprache erheben. Das ist völlig überflüssig. Wenn eine Behörde prüft, braucht er kein Nachbarschaftsrecht.

Zusätzlich gibt es für Private keine Möglichkeit, sich aus dem Register wieder austragen zu lassen. Ein derart starker Eingriff in das Privateigentum ist mit den Werten der FDP unvereinbar. Aber nicht nur für

Private, auch für die Gemeinde selbst ist diese Bürokratisierung absurd. Man stelle sich vor: Jemand wird Werkhofmitarbeiter, weil er gerne draussen mit den Händen arbeitet. Doch das Erste, was er machen muss, wenn er einen kranken, gefährlichen Baum auf dem Gemeindegrund fällen will ist, sich an den Schreibtisch zu setzen, um ein Gesuch bei der gemeindeeigenen Abteilung «Hochbau und Ortsplanung» zu stellen. Wenn die Gemeinde sich selbst in Regeln fesseln, sich bürokratisieren und lähmen möchte, beäugt seine Fraktion dies zwar kritisch, zeigt sich aber kompromissbereit. Die FDP wäre bereit, dem Reglement zuzustimmen, wenn sämtliche Bestimmungen, die das private Eigentum und die Rechte von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern betreffen gestrichen werden. Die entsprechenden Anträge hat die Fraktion gestellt. Zusammengefasst: Die FDP folgt Antrag 1, lehnt Antrag 2 ab und hat zu Antrag 3 einen Rückweisungsantrag gestellt mit dem Zweck, alle Bezüge auf Private zu streichen. Falls der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, stellt die Fraktion entsprechende Einzelanträge.

Oliver Peter, Mitte/GLP spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der Mitte/GLP seinen Dank aus für die Ausarbeitung eines genehmigungsfähigen Baumschutzreglements mitsamt Verordnung. Binningen zeichnet sich durch seine attraktiven Wohnquartiere aus. In diesen lebt sich nicht zuletzt darum angenehm, weil auf öffentlichem Grund und in privaten Gärten viele grosse Bäume stehen. Aber Binningen verändert sich. Die Bebauung wird verdichtet. Die Ausnutzung der Grundstücke wird laufend optimiert. Die Gartenflächen werden kleiner und fragmentiert. Alte Bäume verschwinden und nicht immer denken die Architekten und Bauherren daran, ein zukünftiges Blätterdach fest einzuplanen. Wenn wir nicht aufpassen, dann verlieren die Quartiere in Binningen schleichend ihren schönen Baumbestand. Das ist schlecht für das Wohlbefinden der Bewohnenden, das Mikroklima, das Makroklima (CO₂-Bilanz) und die Biodiversität, aber eben nicht zuletzt auch für den Wert der Wohnlage als Gesamtes und der einzelnen Immobilien. Die Fraktion ist daher dafür, die einzelnen Grundeigentümer dabei zu unterstützen, ihren Baumbestand im Interesse aller zu erhalten oder möglichst gleichwertig zu erneuern. Für die Quartierbäume auf Gemeindeland gilt dies sowieso.

Das vorliegende Reglement gibt der Gemeinde den generellen Auftrag, den Baumbestand in den Quartieren zu erhalten. Es bietet eine innovative, relativ liberale Lösung für den Schutz von Bäumen im Privatbesitz. Die Mitte/GLP unterstützt die vorliegende Umsetzung der Initiative daher grundsätzlich. Wie sie sich in der Praxis bewähren wird, insbesondere wie viele private Bäume tatsächlich in das vorgeschlagene Register eingetragen werden, wird man beobachten müssen. Sollte die Annahme von 20 Baumpflegebeiträgen à 200 Franken pro Jahr massiv überschritten werden, und sie erscheint der Fraktion eher unambitioniert, dann müsste man ev. den insgesamt verfügbaren Betrag limitieren z.B. mit einer Fondslösung. Sollte umgekehrt die Anzahl der freiwilligen Baumregistrierungen unter den Erwartungen bleiben, müsste man diese attraktiver machen. So scheint es kontraproduktiv, dass ein gutmeinender Besitzer bei einem Ersatz eines Baums am Ende seiner natürlichen Lebenszeit trotzdem die Wertdifferenz zum neuen und natürlich jüngeren und darum billigeren Baum bezahlen muss neben den Kosten der Fällung, Entsorgung etc.

Die Mitte/GLP hat die ausführliche Berichtspflicht ebenfalls diskutiert. Am Anfang macht es wahrscheinlich Sinn, dies gut zu beobachten. Aber die Fraktion hat kein Interesse daran, dass ein grosser Aufwand betrieben wird mit Bericht und schönen Dokumenten. Es geht primär um die Bäume. Dann gibt es noch einen Punkt. § 2 der Verordnung beschränkt die Baumpflegebeiträge auf Rechnungen von lokalen Anbietern. Die Fraktion erwartet, dass dies im Sinn von regional interpretiert wird. Der Baumschutz ist der Mitte/GLP sehr wichtig und sie unterstützt daher alle drei Anträge des Gemeinderats.

Christian Schmid, SVP teilt mit, die SVP Binningen habe die Baumschutzinitiative sorgfältig geprüft und sagt klar und deutlich: «Diese Initiative ist abzulehnen.». Erstens: Überregulierung statt Eigenverantwortung. Es gibt heute bereits klare Vorgaben zum Umgang mit Bäumen. Wer einen Baum besitzt weiss, dass er dafür Verantwortung trägt. Mit dieser Initiative soll alles noch komplizierter werden. Mehr Formulare, mehr Bewilligungen, mehr Bürokratie. Das ist ein Misstrauensvotum gegenüber den Bürgern. Zweitens: Eingriff in das Eigentum. Wenn Eigentümer kaum mehr über ihre eigenen Bäume entscheiden

dürfen, falls sie z.B. beim Kauf nicht mit dem Baumregister vertraut waren, dann ist das eigentlich eine Teilenteignung. Was ist, wenn in Zukunft ein Baum krank wird, wenn Wurzeln Häuser oder Strassen beschädigen oder ein Sicherheitsrisiko entsteht? Eigentümer müssen flexibel handeln können und dürfen nicht von oben herab verwaltet werden. Drittens: Kosten und Aufwand. Mehr Gesuche, mehr Kontrollen, mehr Verfahren. Das bedeutet Mehraufwand für die Verwaltung und den Steuerzahler. Am Ende bezahlen wir alle für ein System, welches kaum einen Nutzen bringt.

Viertens: Symbolpolitik ohne echte Effekte. Alle Anwesenden wissen, dass Bäume wertvoll sind. Aber die Initiative bringt dem Klima und der Natur in Binningen praktisch nichts. Laut den Initianten gibt es schon jetzt viele Grünflächen, Parks und Bäume, die das Ortsbild von Binningen prägen. Die Initiative schiesst weit über das Ziel hinaus und setzt falschen Prioritäten. Man muss sich auch ernsthaft fragen, ob z.B. eine Person, die eine Einsprache einlegt, auch die Verantwortung für einen Schaden trägt, wenn ein Baum später z.B. ein Dach beschädigt oder eine Leitung zerstört. Könnte der Eigentümer, sollte dies eintreffen, diese Person für diese Kosten einklagen oder bleibt er am Ende doch auf den Kosten sitzen? Muss wirklich jedes Detail unseres Lebens verbürokratisiert werden? Haben wir den gesunden Menschenverstand in dieser Gemeinde komplett verloren? Noch eine andere Frage: Wieso kaufen die Initianten nicht selbst ein Grundstück und begrünen dieses mit dem eigenen, hart verdienten Geld anstatt es den Leuten, die sich mit harter Arbeit ein Grundstück erarbeitet haben, das Leben zu erschweren? Die SVP Binningen steht für den gesunden Menschenverstand statt Bürokratie, für mehr Eigenverantwortung statt Bevormundung und für den Schutz des Eigentums statt übergriffiger Vorschriften. Daher sagen sie ganz klar Nein zur Baumschutzinitiative.

Gaida Löhr, SP findet, eigentlich haben Sirin Hauri und Oliver Peter fast alles gesagt, was die Votantin auch sagen wollte, wie wichtig Bäume sind und warum die Initiative wirklich wichtig ist. Daher verzichtet sie darauf und geht auf die Argumente der Gegner ein. Eingriff ins Eigentum. Da staunt die Votantin, denn die Eigentümer sind diejenigen, die entscheiden dürfen, ob sie einen Baum unter Schutz stellen möchten. Sie nimmt an, dass bei einem Kauf oder Verkauf auch darauf hingewiesen wird und bei einem Erbe die Erben wissen, dass ihre Eltern diesen Baum geschützt haben. Es ist eine Frage der Eigentümer. Es wird nicht in die Eigentumsverhältnisse eingegriffen. Das machen die Eigentümer selbst. Planwirtschaft. Dieser Vorwurf kam bereits in der letzten Sitzung. Sie fragt sich, ob die FDP weiss, was Planwirtschaft ist. Dass man irgendwann einmal plant, hat mit Planwirtschaft noch nichts zu tun und ist vielleicht sogar sinnvoll. Sie ist froh, wenn der Gemeinderat auch plant und nicht nur aus dem Bauch heraus etwas macht. Damit hat sie wirklich Mühe. Was sie nachvollziehen kann, ist der Punkt mit der Symbolik. Tatsache ist, sie wäre froh, die Initiative ginge noch etwas weiter. Der Kanton lässt dies nicht zu. Die Rednerin würde den Gemeinderat gerne motivieren, beim Kanton vorstellig zu werden, ob er nicht eine gesetzliche Grundlage schaffen könnte, die es den Gemeinden ermöglicht, einen Baumschutz so zu erlassen, wie sie Lust haben. Die SP stimmt allen Anträgen des Gemeinderats zu und auch dem Antrag von Sirin Hauri, Grünen/EVP.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Voten. Sie erlaubt sich einen Hinweis, den Gaida Löhr bereits aufgenommen hat. Das Reglement sieht vor, dass Grundeigentümer ihre privaten Bäume schützen können. Die Betonung liegt auf können. Sie können, wenn sie möchten, und wenn sie nicht wollen, können sie es lassen. Es wird also nicht ansatzweise in das Grundeigentum von privaten Grundeigentümern eingegriffen. Wenn man seinem Nachbar ein Durchgangsrecht auf seinem Grundstück gewährt, dass wird dieses Durchgangsrecht auch als Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen. Das ist ebenfalls freiwillig, aber wenn es eingetragen ist, dann ist das Grundstück entsprechend belastet. So wäre es mit einem Baum, den man freiwillig schützen lassen möchte. Dann ist dieser eingetragen und entsprechend ist das Grundstück belastet. Man macht dies aber alles freiwillig. Niemand zwingt einem dazu. Letztlich geht es darum, dass man private Grundeigentümer mit dem kleinen Goodie, das man hat, dazu animieren kann, dass sie ihre privaten Bäume eher schützen. Wenn es jemand auch ohne dieses Goodie machen will, umso besser.

Was der Antrag der FDP möchte, dass man die ganzen Bestimmungen zum privaten Schutz rausnimmt, ist letztlich ein Verbot gegenüber den privaten Grundeigentümern. Wenn man diese Bestimmungen alle streicht, dann dürfen private Grundeigentümer ihre Bäume gar nicht schützen. Ein Verbot findet sie etwas Eigenartiges als Wunsch aus der FDP. Aber man lernt nie aus. Wer kein Verbot möchte, lässt die Bestimmungen im Reglement, denn es ist ja alles freiwillig. Der Antrag von Sirin Hauri, Grüne/EVP, dass man die Obstbäume rausstreicht, ist grundsätzlich problemlos möglich. Der Wunsch von Gaida Löhr, dass man mehr machen könnte, da hat sie zu recht gesagt, dass die Gemeinde im Rahmen des kantonalen Rechts agieren muss. Das ist das, was möglich ist.

Sirin Hauri, Grüne/EVP äussert, es sei ein freiwilliges Recht. Die Grundeigentümer haben die Initianten mehrfach angesprochen, dass sie es schön fänden, wenn sie ihre Bäume schützen lassen könnten. Das wäre auch im Interesse der Öffentlichkeit. Es geht um ein Recht und nicht um eine Auferlegung. Wenn jemand das Grundstück später kauft, ist es vielleicht auf eine Art weniger Wert. Sie nimmt aber an, dass das Grundstück vor dem Kauf geschätzt wird. Von einer Enteignung kann nicht die Rede sein. Der Wert ist vor dem Kauf bereits so. Sonst hätte man einfach falsch geschätzt.

Christian Schmid, SVP erklärt, der Punkt sei, dass es in Binningen sehr viele Expats gibt. Der Votant selbst ist auch ein halbes Expat-Kind und kann garantieren, dass in den meisten Ländern der Welt niemandem in den Sinn kommen würde, beim Kauf einer Immobilie vorher im kommunalen Baumregister nachzuschauen, ob auf dem Grundstück ein geschützter Baum steht. Auch rechtlich ist der Verkäufer vermutlich nicht gezwungen, dies anzugeben. Wenn der Verkauf vollzogen ist, viel Spass. Die Richter und Anwälte haben dann ihre Freude und können einige Stunden verrechnen, aber für die Bürger von Binningen ist es vermutlich nicht so angenehm. Er weiss nicht, wer der Anwesenden bereits einen Immobilienkauf gemacht hat. Aber ihm persönlich wäre es, als Person, die schon sehr lange in Binningen lebt, nicht in den Sinn gekommen, noch im kommunalen Baumregister nachzuschauen, ob auf dem Grundstück ein Baum eingetragen ist. Das kann rückwirkend zu Problemen führen. Es wäre viel einfacher, wenn man es nicht einführen würde. So macht man den Leuten, die sich nach harter Arbeit eine Immobilie gekauft haben, das Leben nicht nachträglich noch komplizierter.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte noch einige Gedanken zum vorgeschlagenen Baumreglement in die Diskussion werfen. Was die Gemeindepräsidentin vorhin gesagt hat, man könne ja jederzeit ein Wegrecht als Dienstbarkeit eintragen, funktioniert in Bezug auf den Eintrag von Bäumen nicht. Es wäre im Sinn des Transparenzgedankens durchaus eine Lösung gewesen, dass man, wenn solche Bäume auf privaten Grundstücken eingetragen werden sollen, dies als Dienstbarkeit gemacht hätte. Damit wäre man dem Transparenzgebot gerecht geworden. Aber das lässt das Bundeszivilrecht nicht zu. Ein Baum lässt sich nicht als Dienstbarkeit eintragen. Das ist rechtlich einfach so. Es zeigt aber auch, dass man in Bezug auf den öffentlich-rechtlichen Schutz auf einem privaten Grundstück eine gewisse rechtliche Unsicherheit hat. Es ist nicht ganz klar, wenn man eine solche öffentlich-rechtliche Belastung, sprich einen Baum zu erhalten, was man bundeszivilrechtlich im Grundbuch nicht eintragen kann, was dies ganz konkret bedeutet, wenn es um die Durchsetzung eines solchen Rechts geht.

Als Jurist und Anwalt interessieren ihn solche formellen Sachen, da sie eine Vorwegnahme dessen sind, was man in der Nachbarschaft von zwei Grundstücken als Auseinandersetzungen in der Zukunft haben wird. Es ist ein grosses Fragezeichen zu machen in Bezug auf diese sogenannte freiwillige Unterstellung eines solchen Baumschutzes auf privatem Grund. Das ist aber nur der eine Punkt. Nicht jede Nachbarschaft, die es in Binningen gibt, ist eine glückliche Nachbarschaft. Es gibt auch solche, die sind nicht so glücklich miteinander. Es gibt auch solche, die sich gerne zuleide leben. Wenn das Baumschutzreglement dazu führt, dass man genau in solch heiklen Situationen den streitenden Nachbarn noch eine weitere Waffe in den Köcher gibt, dann fragt er sich, ob man damit wirklich etwas Gutes gemacht hat in der Gemeinde Binningen. Ein dritter Punkt wurde bereits genannt. Es gibt kein Verfahren für die Aufhebung eines einmal beantragten Schutzes eines Baums auf privatem Grund. Der Redner erachtet dies als grossen Fehler. Man sollte nicht nur daran denken, wie schön es ist, wenn man dies macht, sondern man

sollte sich auch überlegen, dass jede andere Einschränkung von privatem Eigentum ein Verfahren vorsieht, wie man diese auch wieder aufheben kann. Eine Dienstbarkeit, ein Wegrecht, eine Baubeschränkung etc. Für all diese Sachen gibt es ein klar geregeltes Verfahren und das gibt es in diesem Baumschutzreglement in Bezug auf die privaten Grundstücke nicht.

Einen vierten Punkt muss er leider auch noch erwähnen. Im vorliegenden Baumschutzreglement steht nichts davon, was passiert, wenn ein privater Grundeigentümer an ein Grundstück grenzt, welches in der öffentlichen Hand ist mit einem geschützten Baum. Dann muss das bundeszivilrechtliche Nachbarschaftsrecht in jedem Fall Vorrang haben und behalten. Es kann nicht sein, dass aufgrund einer gemeinderechtlichen Bestimmung das Bundeszivilrecht ausgehebelt wird. Das muss im Baumschutzreglement festgehalten werden. Aus all diesen Gründen ist der Votant mit dem Baumschutzreglement, wie es heute vorliegt, nicht einverstanden. Die einzige Lösung ist die, die die FDP-Fraktion vorgeschlagen hat. Nämlich, dass sämtliche Bestimmungen, die einen Bezug zum Privateigentum haben, rausgestrichen werden. Eine letzte Bemerkung noch: Die FDP ist einverstanden, das Baumschutzreglement zu unterstützen soweit die Bezüge zu privatem Eigentum rausgestrichen werden. Das ist ein Angebot und er möchte, dass die Anwesenden dieses ernst nehmen.

Leon Behrends, FDP versucht sich etwas kürzer zu halten mit seiner Replik auf die Replik der gegenüberliegenden Ratshälfte. Es wurde mehrfach erwähnt, dass das Eigentum nicht beschränkt werde, da die Eintragung ja freiwillig sei. Was bei dieser Argumentation unterschlagen wird ist, dass die Unterschutzstellung in alle Ewigkeit gilt. Das ist eine rechte Tragweite. Da wird die Eigentumsfreiheit aller zukünftigen Binninger Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen, die es je geben wird, eingeschränkt. Er schliesst sich diesbezüglich seinem Vorredner an und hat es auch in seiner ersten Stellungnahme bereits gesagt. Das Angebot der FDP steht. Die Fraktion ist dafür, wenn jeglicher Bezug zum privaten Eigentum rausgenommen wird. Aber, einfach damit er dies auch schon gesagt hat, wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, möchte er als Kompromiss vom Kompromiss den entsprechenden Änderungsantrag 6 beliebt machen. Dieser sieht einen neuen Absatz 3 zu Paragraph 5 vor, der zumindest ein Instrument zur Aufhebung der Unterschutzstellung dieser Bäume verlangt.

Für *Jonas Lüthi-La Roche, FDP* tönt es im ersten Moment verlockend. Man kann einen Baum schützen. Man macht etwas Gutes für die Natur, die nächsten Generationen. Das tönt alles wunderbar und alle haben Freude. Aber es ist nicht zu Ende gedacht. Der Redner sieht mehr Probleme. Er will nicht sagen, man öffnet die Büchse der Pandora, speziell für die Privaten. Wenn man annimmt, dass man einen Baum hat, den man schützen will. Der Baum wird krank und, er dehnt es etwas aus, es ist wie bei der Stadtgärtnerei Basel, die dann überprüft, ob ein Baum fällungswürdig ist, ob man ihn fällen darf oder nicht. Dann muss man ein Gutachten erstellen lassen, selbstverständlich auf private Kosten. Der Gutachter stellt fest, der Baum ist an sich krank, aber er ist nicht so krank, dass man ihn fällen muss. Man hat nun also ein Gutachten, welches besagt, dass der Baum krank ist. Versicherungstechnisch bedeutet dies, wenn man weiss, dass der Baum krank ist und man ihn nicht fällen, wird die Versicherung nicht bezahlen, wenn der Baum auf ein Nachbargrundstück fällt und etwas kaputt geht. Davon geht er aus, denn man weiss ja, dass der Baum krank ist und man ihn an und für sich fällen müsste, aber man darf ihn nicht fällen. Man weiss ja nicht, wie lange ein Baum lebt.

Das Zweite ist, wenn er jetzt im Sinne der Energiewende resp. Nachhaltigkeit für die nächsten Generationen etwas tun möchte, dann kauft er sich eine Wärmepumpe. Er montiert sich Solarzellen aufs Dach. Im grünen Binningen, wo es schöne Gärten mit vielen Bäumen gibt, geben diese einen Schattenwurf. Wenn seine Eltern ein Grundstück in Binningen haben mit drei Bäumen im Garten und sie lassen diese unter Schutz stellen, weil sie gerne den Meisen zuschauen und das schön finden. Wenn der Votant das Grundstück einmal erbt und dort gerne das Haus sanieren und Solarzellen montieren würde, damit es wirklich energieeffizient wird, hat er unmögliche Schattenwürfe auf dem Dach, die ihm mit der Solaranlage nicht viel bringen und er kann die Bäume nicht fällen. Der Redner sieht die Nachhaltigkeit daher nicht wirklich gegeben. Er glaubt an die Freiheit. Es ist ja frei. Man muss den Baum nicht fällen, wenn

man nicht will. Es braucht kein Gesetz dafür, das es verbietet. Er appelliert, es zu lassen. Man muss es gar nicht ins Reglement nehmen. Wer den Baum stehen lassen möchte, lässt ihn stehen und wer ihn fällen will, fällt ihn. Der Redner hat letzte Woche drei wunderbare Bäume gefällt im Sinn der Energiewende und der Nachhaltigkeit.

Olivier Kremo, SVP hat zwei kurze Punkte, die er erwähnen möchte. Erstens: Er sieht keinen Nutzen eines solchen Registers für den Eigentümer ausser, dass man vielleicht einem zukünftigen Käufer ein Ei ins Nest legen will. Zweitens: In seinen vielen Jahren in der Feuerwehr hat der Votant eher die Erfahrung gemacht, dass viele Bäume nicht gefällt wurden, die hätten gefällt werden müssen. Er möchte sich diesbezüglich seinem Vorredner anschliessen. Diese Bäume haben viel Katastrophales angerichtet.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte all den Einwänden, dass man einen Baum nie mehr fällen könne, wenn er z.B. krank sei, entgegnen, dass in § 7 «Bewilligungsgründe» steht: Wenn überwiegende öffentliche oder private Interessen die Beseitigung des Baumes erfordern, wird es bewilligt. Wenn Wohnräume durch Schattenwurf, Feuchtigkeit oder andere negative Auswirkungen erheblich beeinträchtigt werden, wird es bewilligt. Wenn es eine Pflegemassnahme ist, wenn es eine Gefahr ist, wenn der Baum einen schlechten Gesundheitszustand hat, wird es bewilligt. Das ist also kein Argument. Wenn es darum geht, dass die Bäume nicht gut gepflegt werden, ist es ja schön, wenn man eine Unterstützung von 200 Franken für die Pflege erhält. Dann funktioniert das vielleicht etwas besser.

Christian Schmid, SVP findet, es gehe genau darum, dass es bewilligt werden muss. Das heisst, irgendein Staatsangestellter muss es prüfen. Je nach dem dauert dies wieder ewig. Als Beispiel: Bei der Steuererklärung Baselland dauert es über ein Jahr bis eine Einsprache bearbeitet wird. Das könnte hier auch so enden. Ein anderer Punkt ist, was geschieht, wenn ein Nachbar Einsprache erhebt. Dann gibt es noch einmal Fristen. Das kostet alles Zeit. Es scheint ihm viel einfacher, wenn Leute Eigenverantwortung übernehmen können, den gesunden Menschenverstand brauchen und nicht für jede hinterletzte Entscheidung noch sieben Leute beim Staat fragen müssen, ob sie dies oder jenes machen dürfen. Dann könnte man noch einen Kreis machen und seinen Namen tanzen. Es sind doch alles erwachsene, mündige Menschen. Wenn man Eigentum hat und einen Baum fällen muss, dann muss er gefällt werden. Wenn man ihn nicht fällen muss, lässt man ihn, weil man daran Freude hat. Er wiederholt sein Votum: Mehr Eigenverantwortung, weniger Staat.

Marco Giani, FDP äussert in Bezug auf die Obstbäume der Bauern, dass es dann auch schwierig werde, wenn eine landwirtschaftliche Parzelle möglicherweise in 10 bis 20 Jahren umgezont werden soll oder umgezont werden muss. Er denkt dabei insbesondere an eine Sportanlage auf dem Bruderholz, die vielleicht einmal notwendig werden wird. Der Redner bittet darum, dies zu beachten. Vielleicht braucht es eine Regelung für Ersatzpflanzungen, da wäre er dafür, oder ähnliches.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig JA (Abstimmung 18)

Antrag 2: 18 JA / 16 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 19)

DETAILBERATUNG BAUMSCHUTZREGLEMENT

Der Präsident möchte als erstes über den Antrag der FDP abstimmen lassen, der lautet: «Der Einwohnerrat weist den Reglementsentwurf an den Gemeinderat zurück mit dem Auftrag, sämtliche Bestimmungen, welche das private Eigentum und die Rechte von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern betreffen (insbesondere Bäume auf privatem Grund sowie damit verbundene Verfahren, Register- und Beitragspflichten), aus Reglement und Verordnung zu streichen.».

FDP-Antrag: Rückweisung an Gemeinderat: 16 JA / 16 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 20)

Präsident Thomas Haefele, FDP bedankt sich für das Vertrauen. Er macht vom Stichentscheid Gebrauch und unterstützt den Antrag der FDP, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen.

BESCHLUSS

- ://:* 1. Der Einwohnerrat erklärt die nicht formulierte Volksinitiative «Baumschutz Binningen» für gültig.
- ://:* 2. Der Einwohnerrat stimmt der nicht formulierten Volksinitiative «Baumschutz Binningen» in der Sache zu.
- ://:* 3. Der Einwohnerrat weist den Reglementsentwurf an den Gemeinderat zurück mit dem Auftrag, sämtliche Bestimmungen, welche das private Eigentum und die Rechte von Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern betreffen (insbesondere Bäume auf privatem Grund sowie damit verbundene Verfahren, Register- und Beitragspflichten), aus Reglement und Verordnung zu streichen.
-

Traktandum 5

Gesch. Nr. 85

Bewilligung einer Investitionsausgabe für eine Strassensanierung mit neuem Fussweg in der Benkenstrasse zwischen Fuchshagweg und Nussbaumweg

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Präsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, es liege ein Ordnungsantrag der FDP vor, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission (BPK) zu überweisen. Er bittet die Fraktion, ihren Antrag zu begründen.

Marco Giani, FDP legt dar, für ihn und die FDP stehe ausser Frage, dass man diesen Strassenabschnitt sanieren müsse und sie in Binningen anständige Strassen möchten. Auch die Sicherheit der Fussgänger/innen ist der Fraktion wichtig. Aber ob es immer eine Luxusvariante mit diesem tollen Trottoir sein muss, ist fraglich. Zumal das Stück nur 140 Meter lang ist. Auch die Honorare, die 22 Prozent der gesamten Auftragssumme ausmachen, finden sie sehr hoch. Daher hat die FDP einen Antrag auf Überweisung in die BPK gestellt, in welcher geprüft werden soll, ob eine klassische Variante mit einem klassischen Trottoir nicht auch ausreichen würde und realisierbar wäre, natürlich unter Berücksichtigung des Beitrags der Gemeinde Bottmingen. Dort müsste man sicherlich anschauen, ob dies kostentechnisch immer noch hinkommen würde. Es geht nicht darum, dass die Fraktion die Sanierung nicht möchte, sondern dass die Ausgaben nochmals kurz in der BPK geprüft werden, damit man es anschliessend sauber beurteilen kann.

Jonathan Noack, SP erklärt, die SP sei nicht dafür, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Die Fraktion möchte, dass möglichst schnell eine Sanierung gemacht wird. Einerseits aus Sicherheitsgründen, andererseits weil der Zustand des Belags wirklich schlecht ist.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP muss etwas klarstellen. Sie hat das Gefühl, es handle sich um ein Missverständnis. Das Trottoir oder der Weg, den man macht, liegt auf Bottminger Boden. Den bezahlt die Gemeinde Bottmingen. Da bezahlt Binningen nichts daran. Man kann es nicht auf der Strasse

machen, weil es keinen Platz hat. Es ist schlicht zu schmal. Daher kam man überhaupt auf diese Lösung. Aber der Weg, der dort durch diesen Grünstreifen geht, geht zulasten der Gemeinde Bottmingen. Die Gemeinde Binningen bezahlt nur die Strasse, nur diese ist auf Binninger Boden. Der Weg wird gleichzeitig gemacht, da es Sinn macht, wenn man gerade dabei ist. Aber Binningen bezahlt nichts an den Weg, auch wenn logischerweise auch die Binninger Einwohnerinnen und Einwohner, die dort entlang gehen, davon profitieren. Eine Verlegung auf die Strasse ist aus Platzgründen nicht möglich. Die Honorare, die angesprochen wurden, liegen im üblichen Rahmen. Der Votantin erscheint eine Prüfung durch die BPK aus den genannten Gründen relativ übertrieben.

Aline Glaser, Grüne/EVP signalisiert, die Fraktion der Grünen/EVP sind aus den von der Gemeindepräsidentin eben erwähnten Gründen auch gegen eine Überweisung in die BPK.

ABSTIMMUNG

Überweisung in die BPK: 8 JA / 24 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 21)

://: Das Geschäft wird nicht in die Bau- und Planungskommission überwiesen.

DETAILBERATUNG

Stefan Gubelmann, SVP glaubt, es gebe nicht mehr viel zu sagen. Die SVP unterstützt den Investitionskredit von 740 000 Franken, v.a. da heute auch sehr viel über Sicherheit diskutiert wurde. Da neben der Entwässerung und dem neuen Strassenbelag auch ein sicheres Trottoir erstellt wird, ist es für die Fraktion keine Frage und sie wird den Antrag unterstützen.

Genehmigung Investitionsausgabe: 30 JA / 2 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 22)

BESCHLUSS

://: Für die Strassensanierung in der Benkenstrasse zwischen Fuchshagweg und Nussbaumweg wird zu Lasten Konto 1.6150.5010.XY/80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von brutto CHF 740 000 inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 86

Energiefonds – Neualimentierung 2026-2035

BESCHLUSS

://: Verschieben.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 54

Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 55

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 52

Interpellation R. Büchelín, SP: Ranger/in

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 66

Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 47

Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Interpellation FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweiräder

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Traktandum 13

Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Traktandum 14

Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Traktandum 15

Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken

BESCHLUSS

://: Vershoben.

Traktandum 16

Interpellation St. Siegel, SVP: Zentrumsleistungen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 17

Gesch. Nr. 60

Interfraktionelle Interpellation: Transparenz der Vergabe von Kulturfördergeldern durch die Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Diversa

Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, seine Befürchtung, dass der Rat keines der verschobenen Traktanden behandeln konnte, habe sich heute leider bewahrheitet. Er findet dies keine gute Entwicklung. Es sollte zeitnah dafür gesorgt werden, dass die Last dieser Pendenzen abgebaut wird. Der Votant beantragt daher, dass das Büro sich mit der Ansetzung einer Zusatzsitzung beschäftigt, damit diese Pendenzen endlich erledigt werden können.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, Christoph Maier sei ihm mit seinem Votum zuvorgekommen. In Anbetracht der vielen eingereichten Vorstösse und der zahlreichen hängigen Geschäfte kommt der Rat wahrscheinlich nicht darum herum, eine zusätzliche Einwohnerratssitzung im Oktober anzusetzen, damit möglichst viele Geschäfte vor dem Budget abgeschlossen werden können. Das Büro prüft aktuell Optionen. Er bittet die Anwesenden aber, sich Montag, den 13. Oktober 2025 zu blockieren. Das ist der erste Montag nach den Herbstferien. Der Präsident schliesst die Sitzung um 22.05 Uhr und wünscht allen einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom 22. September 2025

			Gesch. Nr. 94	Gesch. Nr. 95		Gesch. Nr. 89		Gesch. Nr. 63/XII				
			03	04	05	06	07	08	09	10	11	12
Nr.	Name	Fraktion	Dringlichkeit Interpellation	Dringlichkeit Postulat	Überweisung Postulat	Dringlichkeit Postulat	Änderung Traktandenliste	Beschluss Teilzonenplan Siedlung «Zentrum» mit Änderung	Teilzonenreglement § 18 Abs. 3: Antrag FDP (JA) vs. Antrag GR (NEIN)	Beschluss Teilzonenreglement Siedlung «Zentrum» mit Änderung	Aufhebung Baulinien	Beschluss neue Baulinien
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
9	De Fregias	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
14	Noack	SP	Ja	Enthaltung	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Ja	Not voted	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Not voted
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
32	Setz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Siegel	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Steffen	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
TOTAL												
Ja			30	31	32	21	16	34	18	34	34	34
Nein			5	0	3	13	19	1	17	1	0	0
Enthaltungen			0	2	0	1	0	0	0	0	0	0
			35	33	35	35	35	35	35	35	34	34

ER-Sitzung vom 22. September 2025

			Gesch. Nr. 87					Gesch. Nr. 46			Gesch. Nr. 80	
			13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Nr.	Name	Fraktion	Rückweisung an Gemeinderat	Bildung einer «SpezKo GO»	mind. jährliche Berichterstattung der SpezKo	5er-SpezKo (JA) vs. 9er-SpezKo (NEIN)	Aufhebung Kommissions- geheimnis für SpezKo- Mitglieder	Gültigerklärung der Volksinitiative «Baumschutz Binningen»	Zustimmung zur Volksinitiative «Baumschutz Binningen»	Rückweisung Reglementsentwurf an Gemeinderat	Überweisung in BPK	Bewilligung Investitionsausgabe von 740 000 Franken
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
8	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
9	De Fregias	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
11	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
12	Löhr	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
13	Müller	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
15	Schellenberg	SP	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja
16	Amacker	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
17	Eldridge	GLP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Gerber	GLP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
19	Jegge	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
20	Kamber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
21	Peter	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
22	van Loon	GLP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Enthaltung
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Enthaltung
28	Lancashire	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
31	Schori	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
32	Setz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Nein	Ja	Not voted	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
35	Kremo	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
36	Marti	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
39	Siegel	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
40	Steffen	SVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
TOTAL												
Ja			8	31	32	19	33	35	18	16	8	30
Nein			27	3	2	15	0	0	16	16	24	2
Enthaltungen			0	0	0	1	0	0	1	3	3	3
			35	34	34	35	33	35	35	35	35	35